

Politischer Jahresbericht

Südostasien 2006/2007



Regionalbüro Südostasien

Chiang Mai Juli 2006-Juli 2007

Dr. Heike Löschmann

Heinrich-Böll-Stiftung
Büro für Südostasien
Leitung: Dr. Heike Löschmann
P.O. Box 119
Chiang Mai University Post Office
Chiang Mai 50202
Thailand
Fon: +66-53-81 04 302
Fax: +66-53-81 01 24
E-Mail: heike@hbfasia.org
Homepage: www.boell-southeastasia.org

Inhalt

Zusammenfassung	2
1. Thailand.....	3
2. Myanmar/Burma	10
3. Kambodscha	15
Ausblick.....	19

Zusammenfassung

Nach der Auflösung des Parlaments im Februar 2006 ist in Thailand keine Ruhe mehr eingekehrt. Die politische Krise und die tiefe Polarisierung der Gesellschaft um den ehemaligen Premierminister Thaksin war aus Sicht der Armee, die sich traditionell im Dienst des Königs sieht, nicht mehr auf demokratischem Weg zu beenden. Der unblutige Putsch des Militärs vom 19. September 2006 war für die Mehrheit der Thais, vor allem für die städtischen Mittelschichten, eine willkommene Intervention, auch wenn sie auf illegitime Weise erfolgte. Es wurde darin die Chance für einen Neuanfang und die Rückkehr zu einer korruptionsfreien Normalität gesehen. Die Hoffnungen auf einen zukünftig demokratischen Prozess, blieben bislang jedoch in vielerlei Hinsicht unerfüllt. Die Spaltung der Gesellschaft wurde durch den Putsch nicht aufgehoben, sondern setzt sich in anderen Konstellationen fort. Anti-Thaksin und putsch-tolerante Teile der Gesellschaft stehen nun gegen eine Front von pro-Thaksin und anti-Thaksin Vertretern, aus verschiedenen Teilen der Gesellschaft, die gemeinsam den Putsch ablehnen.

Lösungen des gesellschaftlichen Konflikts und Wege zurück zu demokratisch legitimierten Strukturen scheinen in weite Ferne gerückt. Die vom Militärrat für Nationale Sicherheit (Council for National Security oder CNS) eingesetzte Interimsregierung unter Premier Surayud Chulanont versucht trotz kontinuierlicher Kritik den steinigigen Weg zu Verfassungsreferendum und Wahlen zu beschreiten. Der Putsch führte zu einer Stärkung der Monarchie und ihrer festen Verankerung im politischen System Thailands. Darüber hinaus ist unübersehbar, dass die Vertreter des Militärs um ihrer eigenen Sicherheit willen Vorkehrungen treffen, die ihren künftigen gesellschaftlichen Einfluss garantieren.

In Myanmar/Burma sind politische und wirtschaftliche Reformen weitgehend ausgeblieben. Es gibt wenig Anlass zu hoffen, dass sich das in absehbarer Zeit ändern wird. Die Maßnahmen im Rahmen der „top-down“ - Demokratisierung“ entlang des sogenannten Sieben-Stufen Plans zur einer disziplinierten Demokratie (road map) überzeugen weder die Menschen im Land noch internationale Beobachter. Da der regierende Staatsrat für Frieden- und Entwicklung (SPDC) von steigenden Einnahmen aus dem regionalen Handel sowie aus Erdgas und -öl profitiert (43% des gesamten Außenhandels fallen auf diesen Sektor) und dabei wesentlich von Russland, China und Indien unterstützt wird, bleibt der SPDC weitgehend unberührt von Sanktionsdrohungen und Druck aus dem Westen, insbesondere aus den USA und der EU.

Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, Burmas Machthaber zu politischen Reformen zu bewegen, sind gescheitert. Die Entschlossenheit der Generäle ist größer denn je, sich trotz internationalen Drucks nicht auf einen Dialog mit der burmesischen Opposition, insbesondere mit Aung San Suu Kyi einzulassen oder gar ihre Freilassung zu erwägen. Der Road Map-Prozess scheint trotz aller Kritik die einzige Option für eine schrittweise Übergabe der Regierung in zivile Hände zu sein.

Die Einschätzungen zur Situation in Kambodscha und Zukunft des Landes fallen widersprüchlich aus: Internationale Finanzinstitutionen heben die politische Stabilität sowie ein robustes Wirtschaftswachstum hervor und Kambodschas Geber haben erneut Entwicklungsgelder in der Rekordhöhe von 700 Millionen US-Dollar zugesagt. Auf der anderen Seite berichtet der UN-Sonderberichterstatter im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen von Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha als systematische Methode zur Bereicherung der Eliten und der Unterdrückung der Opposition. Das Machtmonopol der regierenden kambodschanischen Volkspartei (CPP) ist nahezu unangefochten. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen im April lassen –erstmals seit Ende des Bürgerkrieges- eine Alleinregierung der Partei von Premierministers Hun Sen nach den Parlamentswahlen im kommenden Jahr erwarten.

Gestützt durch internationale Entwicklungshilfe, demonstriert die Regierung wenig Reformwillen bezüglich des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen des Landes, die zu einer starken Landkonzentration und Zunahme von Landlosen und Landarmen führt. Aufgrund der Ölfunde vor der kambodschanischen Küste und des wachsenden Einflusses Chinas sind westliche Geber noch zurückhaltender mit ihren Forderungen nach Reformen.

1. Thailand

Einleitung

Rückblick auf den Coup vom 19. September 2006

Nach der Annullierung der von der Opposition boykottierten Wahlen am 2. April 2006 durch das Verfassungsgericht kehrte Thaksin Ende Mai trotz der tiefen politischen Spaltung des Landes als geschäftsführender Premier wieder auf die politische Bühne zurück. Seine Ankündigung, die Thai Rak Thai Partei erneut als Parteichef zum Wahlsieg in den für den 15. Oktober 2006 angesetzten Neuwahlen führen zu wollen, verschärfte die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen dem Pro- und Anti-Thaksin-Lager. Thaksins provokatives Machtgerangel mit den königstreuen Eliten (Kronrat und Militär) spitzte sich zu, als er die Schuldigen für einen vermeintlichen Attentatsversuch auf seine Person im August in Armeekreisen suchte. Thaksins Plan, Schlüsselpositionen in der Armee mit „seinen“ Generälen zu besetzen, stieß auf den Widerstand der Streitkräfte. Dass er dennoch auf die Umsetzung seiner Pläne bestand, lieferte weiteren Zündstoff für die wenig später folgenden Ereignisse.

Am Abend des 19. September, wenige Stunden bevor Thaksin vor der VN-Vollversammlung in New York ein Rede halten sollte, putschte sich die Armee unter General Sonthi Bonyaratglin unblutig und mit Billigung des Königs an die Macht. Der 20. Putsch in der Geschichte des Landes beendete 15 Jahre zivile Regierung und höhlte die durch schwache Rechtsstaatlichkeit und unterentwickelte Strukturen der politischen Repräsentation charakterisierte Demokratie Thailands weiter aus. Die von Armeechef Sonthi angeführte Militärregierung („demokratischer Reformrat“) erklärte ihre Kontrolle über das Land und hob den Ausnahmezustand auf. Allerdings rief er das Kriegsrecht aus und beschnitt grundlegende demokratische Bürgerrechte. Parlament und Senat wurden aufgelöst. Sowohl die Verfassung von 1997 als auch das Verfassungsgericht wurden außer Kraft gesetzt. Innerhalb von zwei Wochen wurden General a.D. Surayud Chulanont als „ziviler“ Interimspremier sowie eine Interimsverfassung eingesetzt. Der aus der Junta hervorgegangene Rat für Nationale Sicherheit (CNS) besteht als Kontrollgremium fort. Zudem ist ein „Ersatz- oder Übergangsparlament“ (National Legislative Assembly - NLA) von 250 ernannten Mitgliedern einberufen worden.

In einem Land, das durch zahlreiche Militärputsche und die damit verbundene Art der Machtaustragung traumatisiert ist, zudem die Erinnerung an den Blutmai 1992 noch präsent ist, wäre ein Staatsstreich nicht so entspannt und friedlich verlaufen, wenn sich die Putschisten nicht des Zuspruchs einer Mehrheit der Bevölkerung hätten sicher sein können. Trotz der zunächst überwältigenden Unterstützung für den Putsch (80% aller Thais) sehen sich die Menschen 10 Monate später in einem erneuten Zwiespalt. Auf der einen Seite wird die Befreiung von der ‚Diktatur des Geldes‘ und der unmündigen Abhängigkeit von Thaksin begrüßt. Auf der anderen Seite wird die Intervention in Form eines Militärputsches aber auch als Relikt der Vergangenheit und als Bedrohung gewertet, die einen klaren Rückschritt für die thailändische Demokratie bedeutet. Zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft, vor allem politische NRO und kritische A-

kademikerInnen, positionierten sich zu den Entwicklungen. Sie sprachen sich sowohl für als auch gegen eine Zusammenarbeit in den neuen, demokratisch nicht legitimierten Übergangsinstitutionen aus.

„Ent-Thaksinisierung“

Thaksin zog sich nach dem Putsch ins Exil nach London zurück, wo er sich noch immer aufhält. Von dort versucht er, als Phönix aus der politischen Asche der Ereignisse erneut aufzusteigen. Der Prozess der „Ent-Thaksinisierung“, also die Entmachtung von Thaksin-LoyalistInnen bzw. der Vertreter seines Wirtschaftsimperiums und Anhänger sowie die nachhaltige Verbannung Thaksins aus dem politischen Leben und die rückhaltlose Aufklärung von Korruptionsfällen¹ beherrscht die Schlagzeilen der Medien weiterhin. In mehreren Fällen wurde vom Vermögensuntersuchungsausschuss inzwischen ausreichend Beweismaterial zusammengetragen, so dass Gerichtsverfahren gegen Thaksin, seine Frau, weitere Familienangehörige sowie ehemalige Regierungsmitglieder eingeleitet werden konnten. Thaksin sorgt unterdessen immer wieder mit Schlagzeilen dafür, dass seine politischen Gegner und die thailändische Öffentlichkeit ihn nicht vergessen. Ob es der geplante Kauf des Manchester City Fußballclubs ist oder sein „spontaner“ Anruf in einer Gemeinderadiosendung, Thaksins stete Medienpräsenz schürt Spekulationen über seinen tatsächlichen Einfluss und Befürchtungen über eine mögliche Rückkehr, nicht nur nach Thailand, sondern auch in die Politik.

Politische Beobachter gehen davon aus, dass der Ausgang des anhaltenden Machtkampfes zwischen dem Nationalen Sicherheitsrat CNS und Thaksin durch Geld entschieden wird. Das wird auch in den Medien² reflektiert, und veranlasste den CNS schließlich zum Handeln. Am 11. Juni froh der Vermögensuntersuchungsausschuss 52 Milliarden Baht (ca. 1.15 Milliarden Euro) von Thaksins Vermögen ein, was für neuen Zündstoff zwischen den Lagern sorgte. Thaksin kündigte durch seinen Anwalt daraufhin an, in Kürze und ohne CNS-Genehmigung nach Thailand zurückzukehren, um diese „unfaire“ Entscheidung anzufechten, seine Würde wieder herzustellen und sich im politischen Kampf für seine Interessen zu engagieren. Das „department of special investigation“ hat inzwischen die Rückkehr von Thaksin und seiner Frau Potjaman sowie weiteren nahe stehenden Personen nach Thailand sogar angeordnet, damit sie sich vor Gericht in verschiedenen Anklagepunkten (siehe oben) verteidigen können. Thaksin hat mittlerweile verlauten lassen, dass er auf einen fairen Prozess gegen ihn vor den Wahlen nicht vertraut und deshalb doch nicht nach Hause zurückkehren will. Der CNS wies anschließend darauf hin, dass nach dreimaligem Nichterscheinen vor Gericht mit einem Auslieferungersuchen zu rechnen sei.

¹ Dabei geht es insbesondere um den Shin Corp-Deal (siehe Jahresbericht 2005/6), aber auch um Landverkauf an seine Ehefrau sowie Verstöße gegen die öffentliche Beschaffungsordnung beim Bau des neuen Flughafens oder bei der Anschaffung einer Feuerwehrlotte für die Hauptstadt.

² Bangkok Post: *Talking Politics* (19.06.07).

Die Entwicklungen nach dem Putsch

Verfassungsdebatte

Die derzeitige Verfassungsdebatte steht im Zeichen der Entthaksinisierung. Die starke Fokussierung auf die Begrenzung des Einflusses der Thaksinisten markiert eine deutliche Schwäche des Prozesses, in dem demokratische Grundprinzipien geopfert werden. Im Rahmen eines Referendums soll die Bevölkerung im September 2007 über den Verfassungsentwurf abstimmen. Im Fall der Annahme wäre damit –zumindest theoretisch – der Weg frei für die auf November vorverlegten Wahlen. Abgesehen von dem Widerspruch, dass ein von der Junta ernanntes Komitee eine demokratische Verfassung erarbeiten soll, werden am ersten Entwurf vor allem die Begrenzung des Einflusses von politischen Parteien und verbunden damit der Kontrollfunktion der Parlamente – Senatsmitglieder sollten gar ernannt, statt gewählt werden – sowie die Stärkung der Bürokratie, des Militärs und der Justiz kritisiert. So sollen die Gerichte weitreichende politische Kontrollkompetenzen erhalten, wie beispielsweise zur Ernennung von Senatoren und Mitgliedern unabhängiger Fachgremien der Regierung. Richter geben zu Bedenken, dass eine zu starke politische Rolle ihre fragile und limitierte Integrität unterminieren würde. Kompromittierte Richter, die statt Parlament und Regierung (und Militär!) zu kontrollieren, die Macht einiger weniger stärken könnten, wären in Thailands Geschichte kein Novum. Der jüngste Richterspruch des Obersten Gerichtes zur Auflösung von Thai Rak Thai wird von vielen als eine solche Entscheidung im Interesse der existierenden Regierung (und des Königs) gesehen.

Die geplante Einrichtung eines aus Premier, Parlamentariern, Oppositionsführern sowie den obersten Richtern bestehenden ‚Nationalen Krisenkomitees‘, das im Krisenfall die Kontrolle übernehmen soll, rief (obwohl es noch nicht einmal mit Vertretern des Militärs besetzt werde sollte) so heftigen Widerspruch hervor, dass das Verfassungskomitee den Vorschlag inzwischen endgültig verworfen hat. Es ist zwar nachvollziehbar, dass man eine derartige Machtkonzentration, wie Thaksin sie durch seine gezielte Manipulation und Korruption der demokratischen Gremien erreicht hatte, künftig um jeden Preis vermeiden will. Es darf aber, so lautet die Kritik, nicht so weit gehen, dass Politiker und Parlament in der Ausübung ihres Amtes radikal eingeschränkt werden. Stattdessen müsse ein ausgewogenes und effektives System der öffentlichen Kontrolle oberste Priorität haben. Eine Judikative, die politische Krisen lösen soll, ein ernannter Senat, ein aus den Machthabern bestehendes Krisenkomitee – all dies illustriert anschaulich die eigentümlichen Vorstellungen der Verfasser hinsichtlich demokratischer Gewaltenteilung.

Erwähnenswert ist im Kontext der Verfassungsgebung auch die Forderung buddhistischer Vertreter, den Buddhismus als Staatsreligion festzuschreiben. Obgleich es sich dabei um eine Forderung traditionalistischer Kräfte handelt, die bisher bei jeder Verfassungsdiskussion eingebracht wurden, hat dieser Vorschlag die Gemüter zusätzlich erhitzt. Zumal dieser Vorschlag angesichts der Krisensituation im muslimischen Süden des Landes zusätzliches Konfliktpotential birgt (s.u.). Nach Ablehnung des Vorschlages durch die NLA gab es zahlreiche Proteste buddhistischer Mönche auf den Straßen des Landes.

Im Hinblick auf die Geschlechtergleichstellung ist der lange Kampf um ein legales Verbot von Vergewaltigung in der Ehe im Rahmen der Verfassungsdebatten endlich von Erfolg gekrönt. Der derzeitige Paragraph 276 des Strafgesetzbuches sieht zwar eine strafrechtliche Verfolgung bei Vergewaltigungen von Frauen vor, nimmt aber Ehefrauen ausdrücklich davon aus. Die Nationale Gesetzgebende Versammlung (NLA) hat der von Frauenrechtsaktivistinnen beantragten Entfernung der entsprechenden Klausel³ zugestimmt. Die Frauenbewegung in Thailand hat seit Jahrzehnten vergeblich versucht, eine Gesetzesänderung zu erwirken. Das Justizministerium hatte im Januar 2007 in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen, dass auch männliche Vergewaltigungsoffer gesetzlich geschützt würden und Frauen als Vergewaltigterinnen verfolgt werden könnten, allerdings abermals nur außerhalb der Ehe. De facto würde das bedeuten der Tatbestand dass Vergewaltigung in der Ehe weiterhin straffrei bleibt. Dieser Skandal stieß im NLA auf so starke Kritik, dass ein Unterausschuss zur Überarbeitung des Entwurfs einberufen wurde. In diesem Zusammenhang fordern auch Verfechter der Rechte von Schwulen/Lesben, Bisexuellen sowie Transsexuellen die Einbeziehung ihrer Minderheiten in die Neuregelung. So fiel bislang die Vergewaltigung von Männern lediglich unter Körperverletzung⁴. Beim jährlich stattfindenden Transgender Schönheitswettbewerb ‚Miss Tiffany Universe‘ drückte die frisch gekürte Miss Tiffany Universe 2007 nach ihrem Sieg ihre großen Hoffnungen in das neue Gesetz aus, die Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz von Kathoys (Ladyboys) in Thailand voranzutreiben. Vor allem verband sie damit die Hoffnung, dass ihre beruflichen Möglichkeiten zukünftig nicht nur auf die bisher üblichen Bereiche begrenzt bleiben⁵.

Ein weiterer Gleichstellungserfolg spiegelt sich in der Änderung des Scheidungs- und Verlobungsgesetzes. Sex vor der Ehe bzw. Fremdgehen während der Ehe war bisher ausschließlich ein Strafbestand, wenn er von Frauen begangen wurde, während Männer straffrei blieben.

Zersplitterung der Zivilgesellschaft

Die politische Zivilgesellschaft Thailands ist seit dem Coup in zahlreiche Gruppierungen aufgesplittet. Die People’s Alliance for Democracy (PAD), vor dem Putsch wichtigster politischer Akteur, hat sich in zwei Lager gespalten: diejenigen, die Thaksins Entmachtung anstreben und in die Demokratiebewegung. Während die erstgenannte Gruppe (vor allem Monarchisten, Journalisten und zivilgesellschaftliche Führungskräfte) ihr Ziel erreicht hat und den Putsch mehrheitlich als Ende des Thaksinismus begrüßte, wurde der Coup

³ Der derzeitige Gesetzestext des §276 lautet: Whoever has sexual intercourse with a woman, that is not his wife, against her will, (...), shall be punished with imprisonment (...). AktivistInnen fordern die Entfernung der Formulierung „who is not his wife“ sowie die gleichwertige Berücksichtigung von Männern bzw. Transgender.

⁴ The Nation: *Marital rape isn't a right* (09.05.07); *Gay groups seek change to rape laws* (04.04.07).

⁵ Bangkok Post: *Activists want gay rights in charter* (26.05.07); ABC Online: *Thailand names most beautiful transsexual* (13.05.07) www.abc.net.au/news/newsitems/200705/s1921434.htm.

von der letzteren (kritische Akademiker, Veteranen der 76er Studentenbewegung, Studenten, Engagierte für freie Medien und politische Bürgerrechte sowie Gewerkschaftsvertreter) mehr oder weniger als notwendiges Übel betrachtet, um das Land in demokratische Strukturen zu führen. Viele sehen sich dabei in einem moralischen Dilemma, einige verurteilen den Putsch scharf. Mehrere neue Protestbewegungen haben sich geformt, u.a. die Democratic Alliance Against Dictatorship (DAAD), die sich als eine Art Nachfolge von PAD sieht und auf Bangkoks Sanam Luang Platz mit anderen (pro- und anti-Thaksin) Gruppierungen anti-CNS-Kundgebungen abhält, die allerdings keine große Wirkung entfalten. Die Thaksinisten bilden einen weiteren wichtigen Machtblock, während die politischen Parteien im Moment nur eine marginale Rolle spielen, sich im Prozess der Neuformierung sind.

Neben den unterschiedlichen Einstellungen zum Putsch teilt sich die Gesellschaft darüber hinaus in Befürworter und Gegner der neuen Verfassung. Namhafte Akademiker der wichtigsten Universitäten des Landes fordern einen dritten Weg, die Rückkehr zur 1997er Verfassung und deren Überarbeitung durch ein legitimes Gremium nach Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen. Sie veröffentlichten im April eine Erklärung, in der sie die „von der Junta getragene Verfassung in jeglicher Form bedingungslos ablehnen“ und dazu aufrufen, gegen den Verfassungsentwurf zu stimmen. Dieser demokratische Weg sei der einzige, um die Rückkehr zur Normalität zu sichern, eine erneute Eskalation zu vermeiden und die durch den militärischen Coup geschälerte Würde Thailands wiederherzustellen.⁶ Auch der thailändische Studentenverband lehnt den Verfassungsvorschlag ab und hat eine Kampagne dagegen gestartet. Der Einfluss dieser Verfechter des „Dritten Weges“ ist allerdings sehr begrenzt.

Die gerichtlich angeordnete Auflösung von *Thai Rak Thai*

Am 30. Mai 2007 entschied das Oberste Gericht die Auflösung der Thai Rak Thai Partei und den Freispruch der Demokratischen Partei, die beide wegen Wahlbetrugs bei den (später annullierten) Wahlen vom 2. April 2006 angeklagt waren. Der TRT wurde vorgeworfen, Gründungen kleiner Parteien betrieben und finanziert zu haben. Damit hätte die Möglichkeit bestanden, bei den Wahlen anzutreten und die Auflage umgehen zu können, 20% aller Wählerstimmen eines Wahlbezirkes erreichen zu müssen, wenn die Partei dort als einzige Kraft angetreten wäre. Den Demokraten wurde ihrerseits von der TRT vorgeworfen, diese kleinen Parteien angeheuert zu haben, um die TRT zu diffamieren.

111 Thai Rak Thai Spitzenpolitiker sind dadurch für fünf Jahre von sämtlichen politischen Aktivitäten sowie vom allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen. Für einzelne Personen wurde die Möglichkeit einer Amnestie diskutiert, aber vorerst wieder verworfen. Während die Demokraten ihren „Sieg“ feierten, verurteilten Vertreter der Zivilgesellschaft den Richterspruch als politisch motiviert und nicht legitimiert durch demokratische Institutionen. Die Richter des Verfassungstribunals haben in der Tat eine Entscheidung mit weitreichenden politischen Konsequenzen getroffen, die offensichtlich den

⁶ The Nation: *Academics to fight the charter* (23.05.07).

Interessen der Militärregierung (und des Königs) dienlich ist und wie die Verfassungsdebatte vor allem dem Ent-Thaksinisierungsziel dient. Die Auflösung von Thaksins Partei und die jüngsten Entscheidungen hinsichtlich der Vermögensbeschlagnahmung symbolisiert die Abrechnung mit seinem politischen Vermächtnis. Dies reflektiert gleichzeitig auch die Angst vor einer möglichen Rückkehr Thaksins ins politische Geschehen.

Einschränkungen der Informationsfreiheit

Die Meinungs- und Pressefreiheit hat sich seit dem 19. September weiter verschlechtert. Thailand gehört zu den 10 Ländern, die vom „Komitee zum Schutz von Journalisten“ als „backslider“⁷ im Bereich Medienfreiheit gelistet sind. Der weltweite Pressefreiheitsindex 2006 platziert Thailand auf einem der letzten Plätze (122/168), während das Land 2002 noch auf Platz 65 lag und in den Jahren vor Thaksin sogar noch weiter oben auf den Listenplätzen rangierte. Ein wesentlicher Grund für dieses schlechte Ranking liegt darin, dass das Ministerium für Informations- und Kommunikationstechnologie (MICT), anordnete, Internetseiten, die als pornografisch, „schädlich für die demokratische Reform“, die „nationale Sicherheit“ gefährdend oder als „Majestätsbeleidigung“ eingeordnet werden könnten, vollständig oder zeitweilig zu sperren. Schätzungen zufolge sind 17.000 Websites gesperrt worden, vornehmlich solche mit pornografischen Inhalten und solche, die als Majestätsbeleidigung gelten, aber auch zahlreiche Seiten, die regierungskritische Inhalte bergen.⁸

Besonderes Aufsehen und internationale Beachtung fand die Schließung des YouTube-Blogs nach der Veröffentlichung von Videoclips, die als Majestätsbeleidigung gedeutet wurden. Daraus entstand eine kontroverse Debatte zum Thema Meinungsfreiheit versus Respekt vor kulturellen Tabus, die auch im Ausland nachwirkte. Im Mai wurde mit der Verabschiedung des Computer-related Crime Act, eine gesetzliche Grundlage geschaffen, das Internet, das sich in den Monaten seit dem Putsch zu einer wichtigen Quelle alternativer Information und Diskussion entwickelt hatte, gezielt zu zensieren.⁹

Kritiker bemängeln die Einschränkung des Rechtes auf Meinungsfreiheit, die weite Anwendungsbreite und die harte Strafverfolgung.¹⁰ Journalisten befürchten, dass die ohnehin stark wirkende Kultur der Selbstzensur unter Journalisten nun auch das Internet erfassen wird. Dabei ist anzumerken, dass es in Thailand keine staatliche Vorab-Zensur für Printmedien gibt, wie man sie etwa aus Myanmar/Burma kennt, sondern sich die staatliche Zensur auf den Filmbereich begrenzt. Journalisten reflektieren, dass direkter Druck durch „telefonische Ansagen“ unter Thaksin stärker war, dass aber seit dem Coup eine konfliktpräventive Selbstzensur gewachsen ist.

⁷ Siehe unter <http://www.cpj.org/backsliders/index.html>.

⁸ Bangkok Post: *ICT ministry to shut down controversial websites* (04.04.07) und The Nation: *Government blocking of websites 'damaging Thailand's reputation'* (25.05.2007).

⁹ Der Minister muss dabei das Gericht um die Bewilligung der Sperre einer Internetseite bitten. The Nation: *Clipping the Net* (13.05.07).

¹⁰ Article 19: *New Thai Law Seeks to Control Online Expression*, www.article19.org (14.05.07).

Die Militärregierung ordnete die Schließung mehrerer Gemeinderadiostationen, vor allem im Norden des Landes, der Hochburg Thaksins an.¹¹ Nachdem eine Station ein Interview mit Thaksin ausgestrahlt hatte, sind Programmteile, die auf interaktiver Telefonkommunikation mit Hörern basieren, grundsätzlich untersagt. Laut Freedom Against Censorship Thailand (FACT) wurden seit dem Putsch bereits mehr als 300 Gemeinderadiostationen geschlossen. Wie in der Verfassungsdiskussion zeigt sich auch im Medienbereich nicht nur die Paranoia der Übergangsregierung bezüglich Thaksins Einfluss und seiner möglichen Rückkehr, sondern auch ihre Bereitschaft, demokratische Grundrechte wie Informations- und Medienfreiheit zu opfern.

Im Zusammenhang mit der auch schon vor dem Putsch defizitären Informationsfreiheit ist für die Arbeit der Stiftung die fehlende Transparenz und die irreführende Informations- und Zahlenpolitik im Energiesektor eine besondere Herausforderung. Dadurch wird zudem die Möglichkeit demokratischer Partizipation durch die Zivilgesellschaft und betroffene Gemeinden erschwert.

Klimawandel und Klimapolitik

Das Klimathema wird seit Jahresbeginn auch in den thailändischen Medien und der Politik verstärkt behandelt und gewinnt zunehmend einen Platz im Bewusstsein der Menschen. Viele Faktoren haben dazu beigetragen: Die persönliche Erfahrung mit dem veränderten Mikroklima in den zurückliegenden 2-3 Jahren, Flutkatastrophen und extreme Hitzewellen, Die verstärkte Präsenz des Themas in den internationalen Medien, zum Beispiel durch Al Gore's Film und Buch „Eine unbequeme Wahrheit“ auf Thai, das auf der nationalen Buchmesse zum Bestseller wurde und nicht zuletzt die Öffentlichkeit, die das Thema durch Bangkoks Gastgeberschaft für die dritte und abschließende Runde der Diskussion und Vorstellung des IPCC-Berichts im Mai 2007 erlangen führten dazu

Thailand selbst hat auf dem Kongress jedoch keine nationale Position zu den Sitzungen oder zur künftigen Ausgestaltung des Kyoto Protokolls bezogen.¹² Nur zwölf der 22 zur Teilnahme am Kongress zugelassenen Delegierten erschienen, brachten aber keinen Redebeitrag ein, da keine vorherige Positionierung und Mandatserteilung von Seiten der Regierung erfolgt war. Auch wurden, trotz Anfrage, keinerlei Vertreter aus dem NRO-Sektor als nationale Beauftragte berufen.¹³ Innerhalb der Regierung wurde der Kongress eher als Schlachtfeld zwischen Entwicklungs- und Industrieländern angesehen, wobei der Bericht als Instrument gesehen wird, für Entwicklungsländer Auflagen zur Reduktion von Treibhausgas zu machen, ohne dass die eigentlich verantwortlichen Industrieländer selbst Verpflichtungen eingehen.¹⁴

Obwohl 7 von 10 Thais der Meinung sind, dass Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels getroffen werden müssen, halten 41% die globale Erwärmung für ein graduelles Problem, welches lediglich mit geringem Kostenaufwand gelöst werden kann. Hingegen glauben 27%, dass Klimawandel ein gravierendes und dringliches Problem ist, das schnell angegangen werden muss, auch wenn dies signifikante Kosten involviert.¹⁵ Trotzdem mangelt es noch an öffentlichem Bewusstsein für die bevorstehenden Herausforderungen, was auch auf fehlendes Engagement seitens der Regierung zurückzuführen ist. Das Bewusstsein zum Thema Klimawandel ist, besonders unter Politikern, immer noch sehr viel geringer als in Industrienationen. Die Aussage "power plants are not the cause of pollution"¹⁶ des stellvertretenden Präsidenten von EGAT spiegelt die allgemeine Haltung von Vertretern des Energiesektors in Thailand wider. Die Regierung sowie Unternehmen nutzen die Diskussion um Klimawandel überwiegend als Marketing-Instrument für ihre Imageverbesserung. Eine systematische politische Verknüpfung von Klimapolitik und Ansätzen zur Förderung nachhaltiger Energie fehlt in Thailand noch.

Eine positive Entwicklung ist die am 15. Mai bewilligte Einrichtung einer Treibhausgas-Verwaltungs-Organisation (GGAO) im Ministerium für Umwelt und Naturressourcen, die sich als nationale Behörde mit der Minderung von Treibhausgasemissionen befassen wird. Ihre Aktivitäten beschränken sich vorerst jedoch auf die Genehmigung von CDM-Maßnahmen und erfassen nicht Klimapolitik im eigentlichen Sinn. Sieben von insgesamt 16 CDM-Projekten, mit überwiegend japanischen Partnern (Mitsubishi), wurde bereits zugestimmt, 5 sind an die CDM-Prüfungsbehörde in Bonn übergeben und 3 inzwischen bewilligt worden.

Dennoch könnte diese Behörde an einem Dialog im Rahmen der Diskussion um ein Post-Kyoto-Klimaregime interessiert sein und ein potentieller Partner werden in der Diskussion eines „Policy CDM“ jenseits eines Nullsummenspiels im Rahmen von traditionellem Emissionshandel.

Wirtschaftsentwicklung

Thailands staatliche Wirtschaftsaktivitäten sind seit dem Coup vor allem vom Streben nach einer autonomeren Wirtschaftsstrategie, einer Reduzierung der Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen geprägt, was die internationale Business-Gemeinschaft kritisiert. Kurz nach dem Machtwechsel sorgte Premier Surayuds angekündigte Korrektur der bisherigen Wirtschaftspolitik für Aufsehen, obwohl es sich nicht um einen kompletten Kurswechsel, sondern eher um eine Korrektur handelt. Die Regierung benannte eine auf einem Konzept des Königs basierende Subsistenzwirtschaft (sufficiency economy) als nationale Wirtschaftsstrategie. An wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten wird dazu ein neuer Studiengang eingerichtet. In den Medien wird das „ständige Hin und Her“ der Regierung für den Vertrauensverlust und das derzeitige schlechte Investitionsklima und somit das stockende Wirtschaftswachstum verantwortlich gemacht.

¹¹ FACT: *Three community radio stations closed* (18.05.07).

¹² The Nation: *The message is clear – Go Nuclear* (29.04.07).

¹³ The Nation: *Silent Thais keep cool amid heated debate on global warming* (02.05.07).

¹⁴ The Nation: *Science gets a political spin at global-warming summit* (01.05.07).

¹⁵ Bangkok Post: *Climate change now issue of concern here* (02.05.07).

¹⁶ The Nation: *Egat seeking sites for power plants* (28.04.07).

Die jährliche Wachstumsrate wurde im April von durchschnittlich 5% auf 3.8% nach unten korrigiert und ist damit die niedrigste innerhalb der ASEAN. Auch das Exportwachstum wird nur 9.64% statt der vorhergesagten 12.5% erreichen.¹⁷

Das ist angesichts der instabilen politischen Lage, des anhaltenden Konfliktes im Süden sowie der generellen Skepsis in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dennoch eine beachtliche Leistung, denn die Wirtschaft entwickelte sich trotz den Unkenrufen verschiedener Kritiker insgesamt stabil, was insbesondere für Thailands Außenhandelssektor gilt.

Im Dezember 2006 kam es zum schwersten Aktieneinbruch an der thailändischen Börse seit 16 Jahren. Um gegen Kapitalspekulationen vorzugehen, die im Laufe des Jahres zu einer Aufwertung des thailändischen Baht zum Dollar um rund 16% geführt hatten, hatte die Bank of Thailand am 18. Dezember verfügt, dass ausländische Investoren 30 Prozent der Investitionssumme für ein Jahr bei der Bank von Thailand fest anlegen müssten. Daraufhin setzte eine rasante Talfahrt der Aktienkurse ein und das Tagesgeschäft an der Börse musste vorübergehend ausgesetzt werden. Auf einem kurzfristig anberaumten Krisentreffen mit Vertretern von Zentralbank und Börse lockerte Finanzminister Pridiyathorn Devakula dann die eingeführten Regelungen wieder und nahm die Beschränkungen für Anleger aus dem Ausland zurück. "Ich hoffe, dies stellt das Vertrauen der ausländischen Investoren wieder her und bringt den Aktienmarkt zurück auf sein normales Niveau", sagte der Minister. Anleger konnten daraufhin einen Großteil ihrer Vortagesverluste kompensieren. Der Leitindex des Aktienmarktes Bangkok stieg um zehn Prozent, nachdem er am Vortag fast 15 Prozent gefallen war.¹⁸

Im Januar 2007 sorgte dann die geplante Änderung des Foreign Business Act für Schlagzeilen. Zum Schutz thailändischer Firmen sollen ausländische Investoren in Thailand zukünftig nur noch 49% Stimmrecht und Anteile besitzen dürfen. Der endgültige Gesetzestext steht noch aus, aber Marktbeobachter fürchten, dass ausländische Firmen dann gezwungen werden, riesige Aktienanteile an thailändische Investoren zu verkaufen und von Investitionen in Thailand Abstand nehmen werden.¹⁹

Während die Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft von verärgerten Investoren scharf kritisiert wurden, interpretierten Wirtschaftsexperten aus Universitäten und Zivilgesellschaft diese als Schutzmaßnahmen im Interesse eines nachhaltigen Wachstums und gegen marktbedingte Preisschwankungen. Bei einem Exportanteil von 70% des BIP sei eine strukturelle wirtschaftliche Anpassung längst überfällig.²⁰ Der Versuch, Kapitalkontrollen einzuführen, wäre ein deutliches Signal an den globalen Markt, dass Thailand langfristiges Investitionskapital zur Vermeidung von Preisschwankungen bevorzuge. Die heftige Gegenreaktion und der rasche Rückzug zeig-

ten allerdings, dass die Regierung mehr Wirtschaftskompetenz und Entschlossenheit braucht, um sich durchzusetzen und Thailands Abhängigkeit von Auslandskapital zu verringern.²¹

Das bilaterale Freihandelsabkommen (FTA) mit Japan, Thailands wichtigstem Investor, wurde trotz zahlreicher Proteste von NRO am 3. April 2007 unterzeichnet. Angezweifelt wurde vor allem, dass eine nicht demokratisch legitimierte Übergangsregierung überhaupt berechtigt ist, ein Abkommen dieser Tragweite abzuschließen. Bereits vor dem Putsch bestand keine Zustimmungspflicht zu bilateralen Handelsabkommen durch das Parlament, aber das existierende Demokratiedefizit ist durch die Tatsache, dass eine nicht legitimierte Regierung ein FTA abschließt, weiter gewachsen. Ein Grund für die zügige Unterzeichnung war auch das davon ausgehende Signal, dass Thailand trotz der vom Militär eingesetzten Übergangsregierung ein seriöser Handelspartner ist und bleibt. NRO kritisierten, dass nicht genügend Zeit zur gründlichen Überarbeitung der Details blieb, die notwendig gewesen wäre, um potentielle negative Konsequenzen auszuschließen. FTA Watch boykottierte im Vorfeld eine „öffentliche Anhörung“, da die Öffentlichkeit vorher keinen Zugang zu dem Entwurfstext des Abkommens hatte. Hauptkritikpunkte der NRO, die auch eine (erfolglose) Petition zur Aufschiebung des FTA einreichten, bezogen sich zum einen auf Giftmüllimporte und zum anderen auf Patente für Mikroorganismen.²²

Für Unmut in den Vereinigten Staaten sorgten zwei Entscheidungen der Interimregierung: erstens wurden die Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen vorläufig auf Eis gelegt und zweitens entschied Thailand, erstmals von seinem Recht Gebrauch zu machen, deutlich billigere generische AIDS-Medikamente einzusetzen. Laut WTO-Bestimmungen können von bestimmten Krankheiten (wie HIV/AIDS, TB) besonders betroffene Länder Patentinhaber zwingen, Produktionslizenzen für den nicht-kommerziellen Einsatz von Medikamenten zu erteilen (compulsory licensing). Nachdem Gesundheitsminister Dr. Mongkol bereits im November eine Lizenz für das HIV/AIDS Medikament Efavirenz vom US-Patentinhaber (Pharmakonzern Merck MSD) erzwang, folgten im April ein weiteres AIDS Medikament, ebenfalls unter US-Patent, sowie ein Herzmittel. Während der Schritt von Gesundheitsorganisationen und NRO weltweit begrüßt wurde, ging die milliarden schwere amerikanische Pharmaindustrie auf die Barrikaden.

Die USA setzten Thailand daraufhin auf ihre „Priority Watch List“²³, stritten aber einen direkten Zusammenhang ab. Die Amerikaner warfen Thailand vor, es wolle das Recht auf Compulsory Licensing missbrauchen, um auch Patente für Medikamente, die nicht unter die WTO-Regelung fallen, zu brechen. Sie stellen nun im Rahmen eines ‚Action Plan‘ Patentrechtsforderungen an Thailand,

17 The Nation: UTCC revises forecast (27.04.07).

18 Financial Times Deutschland: Thailand schockt die Märkte; Thailands Aktienmarkt erholt sich vom Börsencrash, <http://www.ftd.de> (20.12.06).

19 The Nation: Nominees will be forbidden (10.01.07).

20 Asia Times: Thailand's new economic logic, <http://www.atimes.com> (07.02.07).

21 Chanida Chanyapate, Jacques-Chai Chomtongdi: Market Rules, OK?, Focus on the Global South (12.01.07).

22 The Nation: NGOs seek to delay signing of Thai-Japanese pact (24.03.07); Court bid to delay trade deal (29.03.07).

23 Eine Liste für Länder, die geistiges Eigentum/Urheberrechte (intellectual property rights) verletzen.

die von Vertretern der hiesigen Zivilgesellschaft auf das Heftigste kritisiert wurden. Viele der Forderungen entsprächen denen für das angestrebte Freihandelsabkommen und würden den USA Handelsvorteile einräumen, anstatt HIV/AIDS Infizierten Zugang zu bezahlbaren Medikamenten zu ermöglichen.²⁴

Der Streit motivierte inzwischen auch einige amerikanische Akteure, sich auf unterschiedliche Art und Weise einzubringen. So fordert der republikanische Kongressabgeordnete Mark Kirk Thailands Status als „major non-NATO Ally“ auszusetzen, bis wieder demokratische Verhältnisse herrschen.²⁵ Kenneth Adelman, der auf eine lange Karriere im US-Verteidigungsministerium zurückblickt und enge Verbindungen zu Amerikas Ultrakonservativen hat, startete eine groß angelegte Online-Attacke auf Thailand, die sich als Generalkritik vom Coup über den Foreign Business Act bis zu den „Patentrechtsverletzungen“ präsentierte. Das Interessante an Adelman ist allerdings, dass er Berater für Edelman Public Relations ist, genau die PR Firma, die Thaksin von London aus angeheuert hatte, um sein internationales Image aufzubessern. Edelman PR war u.a. für Thaksins Medienauftritte bei CNN, Time und Wall Street Journal verantwortlich. Nachdem Adelman Anfang Mai 2007 in der Washington Times Thailands Transformation in ein Regime nach burmesischen Vorbild prophezeite, kam die Verbindung ans Licht und sorgte für Spekulationen über Thaksins Mitwirken an der Kampagne.²⁶

Als Zusatz zum Vorjahresberichts ist noch anzumerken, dass die von der Thaksin-Regierung initiierten Großprojekte zurückgestellt wurden und einer erneuten Überprüfung unterzogen werden sollen. Mit Ausnahme der Blockade für den überfälligen Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems in Bangkok ist das durchaus zu begrüßen.

Krise in Südthailand²⁷

Unzureichende Umsetzung von Reformvorschlägen zur Konfliktminderung

Die Hoffnungen, den Konflikt im Süden Thailands nach dem Machtwechsel beilegen zu können, waren zunächst groß, zumal der selbst aus dem Süden stammende Kopf der putschenden Streitkräfte, General Sonthi, sich bereits im Vorfeld für de-eskalierende Maßnahmen und einen Dialog eingesetzt hatte. Kurz nach dem Coup kündigte Premier Surayud einen Maßnahmenkatalog an, der weitgehend auf Empfehlungen einer Nationalen Aussöhnungskommission basierte, vor allem durch friedlichen Dialog „die Herzen im Süden zu gewinnen“ und die lang ersehnte Aussöhnung einleiten sollte. Die Sonderverwaltung für die Grenzprovinzen (SBPAC), sei-

nerzeit von Thaksin abgeschafft, hat ihre Arbeit inzwischen wieder aufgenommen. Ihre Rolle als Krisenmanagement-Institution wurde ausgebaut, um die regionale Kooperation sowie die Implementierung der Konfliktmediationsstrategien lokaler Regierungsbehörden zu beaufsichtigen. „Schwarze Listen“ wurden abgeschafft und das Verschwinden des Menschenrechtsanwalts Somchai Neelaphaijit, sollte aufgeklärt werden, um den willkürlichen Verhaftungen und außergerichtlichen Tötungen ein Ende zu setzen. Im Fall von Somchai können jedoch keine Aufklärungsfortschritte verzeichnet werden. Bis auf die Amnestie für 58 Demonstranten, die seit den Ausschreitungen in Tak Bai 2004 inhaftiert waren, sind die angekündigten Initiativen nicht oder nur unzureichend umgesetzt worden. Der für eine kulturelle Annäherung dringend notwendige Abbau der Sprachbarrieren zwischen malaiischen Muslimen und thailändischen Buddhisten wird nicht ausreichend vorangetrieben und die Empfehlungen, Malayu als zweite Arbeitssprache einzuführen, sind noch nicht umgesetzt worden.²⁸

Vertiefung der ethno-religiösen Spaltung und Eskalation der Gewalt

Trotz Surayuds historischer Entschuldigung bei den malaiischen Muslimen für die verfehlte und menschenrechtsfeindliche Politik der Thaksin Regierung im November 2006, ist die Bilanz ernüchternd. Blutige Zusammenstöße und Bombenanschläge sind weiterhin an der Tagesordnung und die Brutalität, mit die Aufständischen vorgehen, erreicht mittlerweile bisher ungekannte Ausmaße. Die drei südlichsten Provinzen wurden von einer neuen Welle der Gewalt überschwemmt, die die Opferzahlen besonders nach dem Putsch auf traurige Rekordhöhen trieb und das Vertrauen der betroffenen Bevölkerungsgruppen in die Regierung weiterhin schwinden ließ.

Buddhistische und muslimische Gemeinden drifteten weiter auseinander. Wurden früher vor allem Schusswaffen und kleinere Sprengstoffmengen eingesetzt, sind es jetzt vor allem 15 kg-Bomben.²⁹ Insgesamt sind den Unruhen seit 2004 mehr als 2.100 Menschen zum Opfer gefallen. Besonders erschreckend sind dabei die häufigen Übergriffe auf Kinder, Jugendliche und Schulen. Insbesondere Lehrer, die als Agenten der Säkularisierung und Assimilation gesehen werden, sowie Mönche werden attackiert. Während im letzten Jahr die Opferzahlen unter den Muslimen höher waren, richten sich die Aktionen seit dem Coup deutlich intensiver gegen Buddhisten.

Obwohl der Konflikt täglich in den Medien präsent ist, gehen diese in ihrer Berichterstattung oft nicht verantwortungsbewusst mit der Situation um und stellen Ereignisse zum Teil verzerrt dar. Damit tragen sie indirekt zur Vertiefung der ethnisch-religiösen Spaltung der Gesellschaft bei. Beispielsweise suggerierte ein Titelfoto der Bangkok Post, das sich gegenüberstehende Buddhisten und Muslime zeigte, mit der Bildunterschrift „Angespannter Moment – islamische

²⁴ The Nation: *US action plan must be opposed* (09.05.07).

²⁵ Bangkok Post: *Moves in the US against Thailand* (22.05.07).

²⁶ The Nation: *Adelman spin the latest attack in the 'war from outside'* (11.05.07).

²⁷ Siehe dazu auch den

http://www.boell.de/downloads/asien/thailand_2005_2006.pdf (Vorjahresbericht).

²⁸ International Crisis Group: *Southern Thailand: The Impact of the Coup*, Asia Report No 129, 15.03.07, 20.

²⁹ The Nation: *Soft approach in South failing* (19.03.07).

und buddhistische Demonstranten auf Konfrontation“, eine unmittelbare Eskalationssituation, während dann auf Seite 4 erläutert wurde, dass die Proteste friedlich verliefen und ein islamischer Geistlicher zwischen beiden Seiten erfolgreich vermittelt hatte.³⁰

Die Beziehungen zwischen der buddhistischen und islamischen Bevölkerung erodieren weiterhin und führen zur bewussten Abgrenzung und neuen Feindbildern auf beiden Seiten. Die generelle „Islamisierung“ der muslimischen Gemeinden manifestiert sich auch im alltäglichen Leben deutlicher, sei es durch das verstärkte Tragen von Schleiern und Burkas oder den ausschließlichen Konsum von halal-Lebensmitteln.

Wege und Irrwege aus der Krise

Das von Militär, Polizei und zivilen Beamten geführte Verwaltungszentrum für die südlichen Grenzprovinzen (SBPAC) leidet an Personal- und Ressourcenmangel und ist in seiner derzeitigen Form außerstande, seiner Funktion gerecht zu werden. Noch dazu untersteht SBPAC dem Internal Security Operations Command (ISOC), das jeglichen Programm- und Budgetentscheidungen zustimmen muss.³¹ Hier spiegelt sich auch das zentrale Problem wieder: die Konkurrenz zwischen Polizei, Militär und staatlichen Autoritäten, die die Umsetzung von Regierungsinitiativen auf Lokalebene sowie ein effektives Konfliktmanagement unmöglich macht. Strukturelle Schwierigkeiten, Kompetenzstreitigkeiten, mangelnde Professionalität und Korruption kommen als immanente Probleme erschwerend hinzu.

Ein weiteres Kernproblem stellt die fortbestehende Immunität der Sicherheitskräfte dar. Durch das noch immer geltende Notstandsgesetz, das im Januar 2007 nochmals verlängert wurde, werden sie für im Amt verübte Straftaten nicht verfolgt und verfügen über weitreichende Sonderrechte. Obwohl lokale Menschenrechtsgruppen den Rückgang willkürlicher Verhaftungen seit dem Regierungswechsel bestätigen, sind Fälle von außergerichtlichen Tötungen und Verschleppungen unverändert hoch.³² Human Rights Watch äußerte zudem Besorgnis über die Unterstützung und das zunehmende Vertrauen auf paramilitärische Einheiten und Milizen von Seiten der Regierung. Wie zahlreiche Fälle belegen, führt der Einsatz solcher schlecht ausgebildeten, bewaffneter Gruppen nicht selten zu eigenmächtigen Gewaltaktionen und Vergeltungsschlägen gegen Zivilisten.³³

Die Dialogbereitschaft der Regierung ist trotz der bisher geringen Erfolge der einzig mögliche Ansatz, obwohl die Regierung gelegentlich vorgibt, dass ihr die Identität der Anführer (insofern eine einheitliche Führung überhaupt existiert) weitestgehend unbekannt sei.

³⁰ The Nation: *Tense Moment; Islamic leader brings protest to peaceful end* (12.03.07).

³¹ International Crisis Group, 13.

³² International Crisis Group, 17-18.

³³ The Nation: *ISOC warns about militants' new tactics* (20.04.07).

Anfang Mai 2007 sprach Premierminister Surayud in Yala von „positivem Feedback“ der Separatisten, sowohl von Seiten der alten Generation als auch von aktiven militanten Zellen. Der Dialog mit Vertretern der Patani United Liberation Organisation (PULO) und Barisan Revolusi Nasional (BRN) würde Kommunikationskanäle öffnen, da lose Kontakte zwischen der alten und neuen Generation von Separatisten vermutet werden.³⁴ Ob der Einfluss der ersteren wirklich ausreicht, ihre zersplitterten und zumeist unabhängig agierenden Nachfolger zu Gesprächen mit der Regierung zu bewegen, ist durchaus zweifelhaft, denn deren Terrorstrategie funktioniert bestens und man kann davon ausgehen, dass grundsätzlich kein Dialoginteresse besteht. Formale Gespräche oder gar Verhandlungen erscheinen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorstellbar.

Angesichts der nicht endenden Gewalt und anhaltender Proteste zieht Surayud nun ein Amnestiegesetz in Erwägung, das allen kapitulierenden Aufständischen in den südlichsten Provinzen Straffreiheit gewähren würde.³⁵ Der Vorschlag wurde von verschiedenen Seiten als Chance gewertet, da eine Amnestie in den frühen 80ern den bewaffneten Widerstand malaiischer Separatistengruppen zerschlug. Er stieß aber auch auf Kritik³⁶ verschiedener Akteure. Für Aufruhr sorgte CNS- und ISOC-Chef Sonthi's Entscheidung, General Panlop als PR-Berater ins ISOC zurückzuholen. Der Hardliner Panlop, früherer stellvertretender Direktor von ISOC, gab u.a. im April 2004 den Befehl, das Feuer auf die Moschee in Kru Se zu eröffnen, wobei 32 mutmaßliche Separatisten getötet wurden. Menschenrechtsaktivisten und andere Gruppierungen kritisierten den Schritt scharf, denn sie befürchteten eine Verschärfung der Situation unter Panlop. Der hatte bereits angekündigt, das Problem „auf seine Art“ angehen zu wollen.³⁷ In Anbetracht Panlops fehlender kultureller Sensibilität und seiner Rolle in der Vergangenheit, ist es nach Meinung vieler Beobachter ein schwerer Fehler, ihn wieder einzusetzen.

Die Erkenntnis, dass Thailand die Probleme im Süden allein nicht lösen können, führte innerhalb der vergangenen Monate zu einer Annäherung an den Nachbarn Malaysia. Dessen Premier, Abdullah Ahmad Badawi, bot bei seinem Besuch im Februar seine Hilfe an. Unter Thaksin waren die bilateralen Beziehungen eisig gewesen, denn dieser hatte das Nachbarland wiederholt beschuldigt, mutmaßliche Separatisten zu verstecken.³⁸ Surayud lobte, dass Kuala Lumpur bei der Kontaktaufnahme mit den militanten Gruppen behilflich ist.³⁹ Dass beide Länder überhaupt dabei sind, sich gemeinsam auf eine Lösung zu verständigen, ist bereits ein Fortschritt.

³⁴ The Nation: *Positive signals in the South, says Surayud* (14.05.07).

³⁵ The Nation: *Surayud pushes amnesty in South* (21.04.07).

³⁶ The Nation: *OIC praises amnesty bill* (02.05.07); *Ex-suspect says amnesty will help South* (04.05.07).

³⁷ Bangkok Post: *Dismay as Panlop returns to ISOC; Sending Panlop back will worsen violence* (11.05.07).

³⁸ Taz Nr. 8207: *Malaysia will Bangkok helfen* (21.02.07).

³⁹ The Nation: *Positive signals in the South, says Surayud* (14.05.07).

2. Myanmar/Burma

Einleitung

Die bedeutendste internationale Entwicklung bezogen auf Myanmar/Burma seit der Amtsenthebung von General Khin Nyunt ist das Scheitern des im Januar 2007 im VN-Sicherheitsrat von den USA und GB eingebrachten Entwurfs für eine Resolution gegen Myanmar/Burma wegen Gefährdung des internationalen Friedens und Sicherheit.

Seit einiger Zeit ist es offensichtlich, dass die Union for Solidarity and Development Association (USDA), eine vor 10 Jahren von Premierminister Than Shwe ins Leben gerufene Massenorganisation mit ca. 12-15 Millionen Mitgliedern⁴⁰ eine besondere Rolle im Rahmen der eingangs erwähnten Strategie zur „Zivilisierung“ der Militärregierung zukommt.⁴¹

Im engen Zusammenhang mit dieser Entwicklung steht die Beobachtung, dass die Junta dabei ist, eine gefährliche politische Tradition in Myanmar/ Burma wiederzubeleben. Anstatt staatliche Sicherheitskräfte einzusetzen und sicherzustellen, dass das Gewaltmonopol des Staates nicht angetastet wird, wenn die Junta sich mit öffentlichen politischen Forderungen und organisiertem Widerstand konfrontiert sieht, übergibt sie die Kontrolle an Mitglieder der USDA in Zivil und nutzt sie wie eine Art Hilfspolizei.

Obleich Myanmar/Burma Mitglied der Internationalen Atom- und Energiebehörde (IAEA) ist, den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat und aus historischer Perspektive betrachtet überzeugter Anhänger der atomaren Abrüstung ist, hat das Land nun eine Initiative aus dem Jahr 2000 zum Bau eines Atomreaktors mit Hilfe Russlands wieder aufgenommen. Das hat im Westen - insbesondere in Washington - Bedenken bezüglich des Langzeitziels der staatlich finanzierten Nuklearforschung in den Bereichen der medizinischen Physik und Energiegewinnung hervorgerufen sowie auch kurzfristig bezüglich der Sicherheitsstandards. Vergleichbare Forschungsreaktoren werden in der Region auch von Thailand, Vietnam und Indonesien betrieben.

Myanmar/Burma hat – wenngleich zunächst nicht auf Botschafterebene - diplomatische Beziehungen mit Nord-Korea wieder aufgenommen, was angesichts des gereizten Verhältnisses zwischen dem Westen und Nord-Korea scharfe Reaktionen hervorrief, vor allem auch im Zusammenhang mit der Wiederauflage des Nuklearprojektes.

⁴⁰ Die USDA ist eine mit der indonesischen GOLKAR vergleichbare Massenorganisation und es wird zunehmend davon ausgegangen, dass sie vor anstehenden Parlamentswahlen in eine Partei des SPDC umgewandelt werden und der Machtsicherung des SPDC dienen wird.

⁴¹ Larry Jagan spricht in seinem bei Mizzima News am 17.6. 2007 erschienenen Artikel „Junta’s thugs go all out to crush dissent and opposition“, sogar von 23 Millionen Mitgliedern, was allerdings zu hoch erscheint (www.mizzima.com).

Seit dem Tod des legendären General Saw Bo Mya hat die Nationale Union der Karen (KNU), die älteste Rebellenorganisation des Landes und bisher einzige ohne durchgehende Waffenstillstandsvereinbarung mit der Zentralregierung, eine Reihe interner Machtkämpfe durchlebt. Die 7. Brigade der Nationalen Befreiungsarmee der Karen (KNLA), die entlang der Yangon-Myawaddy-Mae Sot Handelsroute operiert, hat einen eigenen Waffenstillstand mit der burmesischen Zentralregierung vereinbart, mit der sie offen zusammenarbeitet.

„Roadmap to Disciplined Democracy“ weiterhin in der Sackgasse?

Der seit 1993 mit Unterbrechungen tagende Nationalkongress (NC) ist damit beauftragt, die Grundlagen einer neuen Verfassung zu erarbeiten. Dies soll laut Regierungsverlautbarung im Herbst des Jahres als wichtiger Meilenstein der „Roadmap to Democracy“ vollbracht sein. Die Junta gibt vor, dass die Tür für die NLD nach wie vor offen stehe, am Prozess teilzunehmen. Die Generäle stellen sich angesichts der fortbestehenden Forderung der NLD nach einem Dialog ohne Vorbedingungen jedoch taub. Was immer die Rhetorik beider Seiten hergibt, keine ist letztendlich zu einem Dialog oder gar zu einer Form von Aussöhnung bereit. So bleiben die Fronten extrem verhärtet.

Kritiker aus dem Westen und Exilanten bezeichnen den Nationalkongress und die „Roadmap for Democracy“, als Demokratisierungsplan ohne Zeitplan, als Täuschung und Spiel auf Zeit. Die burmesische Öffentlichkeit selbst ist so mit ihrem täglichen Überlebenskampf beschäftigt, dass sie dem ganzen Prozess letztlich wenig Beachtung schenkt und auch kaum Hoffnungen in ihn setzt. Die Generäle selbst sind auch nicht allzu enthusiastisch, den Plan umzusetzen, den sie vor 10 Jahren initiierten.

Beredter Ausdruck der frustrierenden Gesamtlage ist die öffentliche Verurteilung des Regimes durch das Internationale Rote Kreuz (ICRC) Ende Juli 2007.⁴² Die Organisation hat sich mit öffentlichen Verurteilungen in den zurückliegenden Jahren stark zurückgehalten und ihre Kritik vornehmlich über informelle Kanäle lanciert, um die Wirkungsbedingungen der Organisation nicht unnötig zu belasten. Das paranoide Regime, welches der Organisation Kontakte zu Rebellenorganisationen unterstellt und sich darum sorgt, dass ihre Vertreter vornehmlich politische Gefangene aufsuchen, auch solche aus dem Umfeld des abgesetzten Generals Khin Nyunt, hatte in den zurückliegenden Monaten die Arbeit von ICRC so extrem eingeengt, dass mehrerer Feldbüros wegen Inaktivität geschlossen werden mussten. Das hat dazu geführt, dass ICRC das Regime erstmals öffentlich wegen einer Reihe von Menschenrechtsverletzungen anprangerte.

Dennoch sehen ausländische Beobachter in der anstehenden letzten Sitzung des Nationalkongresses (am 18 Juli 2007) und der Fortsetzung des Sieben-Punkteplans (road map), die einzige Möglichkeit, die Politik im Land schrittweise in zivile Hände zu übertragen. Dazu gehören ein Referendum, Neuwahlen, die Initiierung eines parlamentarischen Prozesses mit einer 25%-Quote für das Militär (der auch Aung San Su Kyi zu einem früheren Zeitpunkt zugestimmt hat-

⁴² ICRC Pressemitteilung www.icrc.org (29.06.2007).

te) im Gegensatz zur bisherigen hundertprozentigen Kontrolle von Politik und Wirtschaft durch das Militär.

Angesichts des finanziellen Rückhalts aus Erdgas- und Öleinnahmen auf der einen Seite und der Rückendeckung Russlands und Chinas gegen westliche Angriffe auf der anderen Seite besteht für die Junta keinerlei Eile oder gar Druck, politische oder wirtschaftliche Reformen voranzutreiben.⁴³ Das Regime könnte angesichts der Interessenlage Chinas und der ASEAN-Staaten zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die Entwicklungspartner Myanmar/Burmas das Regime für die Umsetzung der gigantischen Infrastrukturinvestitionen in der Mekong-Region mehr brauchen als umgekehrt.

Der Ausgang des VN-Resolutionsantrages mag durchaus dazu beigetragen haben, diese Grundeinschätzung der Generäle zu bestätigen.

Das Scheitern einer Myanmar-Resolution im Sicherheitsrat

Im Januar 2007 hatten die USA und Großbritannien den Versuch unternommen, im VN-Sicherheitsrat eine bindende Resolution gegen Myanmar/Burma wegen Gefährdung der internationalen Sicherheit einzubringen. Bekannte Persönlichkeiten wie Desmond Tutu, Vaclav Havel, Amartya Sen und George Soros waren seit 2005 systematisch in vorbereitende Kampagnen eingebunden worden, um den VN-Sicherheitsrat schrittweise zum Handeln in Myanmar/Burma zu bewegen. Zu der Kampagnentaktik gehörten die fortdauernde Platzierung des Myanmar/Burma-Themas auf der Agenda des Sicherheitsrates mit dem Fernziel, die direkte Intervention des Rates in die inneren Angelegenheiten Myanmar/Burmas zu erwirken, sowie eine Resolution herbeizuführen, die den Aufruf zur nationalen Aussöhnung mit der politischen Opposition im Land, der National League for Democracy (NLD) und mit den ethnischen Minderheiten, sowohl ihrer politischen Parteien als auch ihrer bewaffneten Rebelleneinheiten, beinhaltet.

Positionierung und Interessenlage der Sponsoren und der Sicherheitsratsmitglieder

Die von den USA und Großbritannien eingebrachte Resolution wurde durch ein Doppelveto der beiden ständigen Sicherheitsratsmitglieder Russland und China abgescmettert. Deren Ablehnung fand aufgrund prinzipieller Einwände auf der Grundlage der VN-Charter in der Ablehnung durch Südafrika aus den gleichen Gründen ihren Widerhall.⁴⁴ Alle drei Länder verwiesen auf die Fehlplatzierung des Anliegens im Sicherheitsrat und verwiesen u.a. auf die Erklärung des ASEAN-Ministertreffens, in dem sich kein Hinweis darauf fand, dass die Nachbarn Myanmar/Burma als Bedrohung für die regionale oder internationale Sicherheit sehen.

Frankreichs pragmatische Zustimmung war geleitet von der sicheren Überzeugung, dass die Resolution nicht angenommen würde. Das nationale Ölunternehmen TOTAL investiert seit über 10 Jahren in Myanmar/Burmas Erdgasproduktion und -forschung. Ein klares Ve-

to an der Seite Chinas und Russlands konnte nicht in Frankreichs Interesse sein. Dies hätte einen offenen Bruch mit den eigenen Verbündeten bedeutet und zum anderen gegen die gemeinsame EU-Position verstoßen. Der Amtsantritt des neuen französischen Außenministers Kouchner, der dafür bekannt ist, sich für Menschenrechtsangelegenheiten stark zu machen, signalisiert allerdings schärfere Töne aus Paris in Richtung Yangon. Kouchner hatte während einer Pressekonferenz eines VN-gesponsorten Treffens von Führungskräften aus der Wirtschaft, TOTAL dafür kritisiert, nicht genug zu tun, um Druck auf den SPDC auszuüben, die politischen Gefangenen, insbesondere Aung San Su Kyi freizulassen. Er richtete seine Kritik jedoch auch an den US-Konzern Chevron Corp., der UNOCAL gekauft hat.⁴⁵

Niederlage mit Ansage

Die Niederlage der Resolution war nicht nur absehbar, sondern wurde den Sponsoren der Resolution zudem im Vorfeld offiziell mitgeteilt.⁴⁶ Chinas ständiger Vertreter bei den VN hatte bereits im Dezember, Pekings definitive Ablehnung gegen ein solches Ansinnen bekannt gemacht. Auch Russlands Gesandte hatten keine Gelegenheit ausgelassen, dies ebenfalls kundzutun. Die Versuche der USA und Großbritanniens, die Resolution angesichts ihrer absehbaren Niederlage dennoch voranzutreiben, wurden von politischen Beobachtern und Journalisten zunehmend als PR-Kampagne bewertet. In der Tat gab es Anzeichen, dass sich das Resolutionsansinnen eher aus nationalen Politikinteressen Londons und Washingtons erklärt, als aus ihrem Interesse, die Stagnation des politischen Wandels in Myanmar/Burma aufzulösen. Mit dem Resolutionsantrag konnten beide Regierungen gegenüber einer starken Burma-Lobby, die Rückendeckung im US-Kongress und im Britischen Parlament genießt demonstrieren, dass sie sich mit größtmöglichem Einsatz auf höchster Ebene für einen Wandel in Myanmar/Burma einsetzen würden.

“Carrying the Cross“-der letzte Versuch

Der vielleicht letzte Versuch die Niederlage im Sicherheitsrat zu relativieren und die Unterstützung des Westens weiter zu sichern, war die Veröffentlichung eines Berichtes der in London ansässigen Organisation *Christian Solidarity Worldwide* am 23. Januar 2007 unter dem Titel: „Carrying the Cross: the Military Regimes’ Campaign against Christianity“ sowie „The State of Terror“, herausgegeben von der aus Thailand operierenden *Karen Women Organisation*.

Evolution eines neuen Paradigmas gemeinsamer Verantwortung zwischen USA und China?

Mit der Niederlage im Sicherheitsrat wurde für die USA der Weg frei, sich aus seiner bisherigen harschen Außenpolitik gegenüber Myanmar/Burma zu verabschieden und auf der Grundlage einer

⁴³ 800 Millionen US-Dollar allein in Devisenreserven.

⁴⁴ Indonesien, als derzeit einziges ASEAN-Mitglied im Sicherheitsrat, enthielt sich der Stimme, wie auch Congo und Katar.

⁴⁵ Dow Jones, French Minister: *Total Should Do More On Human Rights In Myanmar* (05.07.07).

⁴⁶ Siehe Stakeout von Vitaly Shurkin: *Debatte im VN-Sicherheitsrat* (12.01.07)

partnerschaftlichen Neugestaltung der außenpolitischen Beziehungen zwischen China und den USA auch in der Myanmar/Burmafrage neue Wege zu gehen. Während die Verhandlungserfolge der USA in Nord-Korea (vermittelt durch China) und die Veränderungen der chinesischen Haltung im Sudan (auf Druck der USA und der internationalen Gemeinschaft vor den Olympischen Spielen) in den Medien stärkere Beachtung fanden, scheinen jüngste Entwicklungen nach dem Scheitern der VN-Resolution der Öffentlichkeit entgangen zu sein. Nach jahrelanger Pause ist es China gelungen, Gespräche zwischen Vertretern der US-Regierung und dem SPDC anzubahnen, die Ende Juni ohne direkte Beteiligung chinesischer Vertreter in Peking stattfanden.⁴⁷ Damit verbindet sich u.a. der Versuch der USA, Chinas Verantwortung für die Entwicklungen in Myanmar/Burma nicht nur anzuerkennen, sondern sie China regelrecht anzutragen. Interessant dabei ist, dass sich zunächst Indien in dieser Vermittlerrolle anbot, was China zu raschem Handeln veranlasste. Kritiker sehen, dass China sein Potential, Reformdruck auf Burma auszuüben bisher mit Rücksicht auf die eigene Interessenlage nicht annähernd ausschöpft und hier mehr Handlungspotential besteht.

Zur Situation der NLD und alternativer oppositioneller Kräfte im Land

Auswirkungen der Niederlage der VN-Resolution auf die NLD

Die USA haben den sich abzeichnenden Paradigmenwechsel ihrer Außenpolitik gegenüber Myanmar/Burma in gewisser Weise auf Kosten der Burmesischen Opposition im In- und Ausland, vornehmlich aber der NLD erkaufte. Die burmesische Öffentlichkeit, sowohl im Land als auch im Exil hatte, vermittelt durch Oppositionsradiosender⁴⁸ und die Oppositionsführung, selbst starke Hoffnungen auf die VN-Resolution gesetzt, ohne ausreichend über die konkreten Interessenkonstellationen und die Umstände des vorhersehbaren Scheiterns informiert gewesen zu sein. Die NLD hatte die Resolution gegenüber dem Sicherheitsrat sogar offiziell unterstützt und sich damit exponiert und innenpolitisch zusätzlich angreifbar gemacht. Nach der Niederlage der Resolution waren in der burmesischen Presse immer wieder Hinweise darauf zu finden, dass der NLD, die sich ohnehin bereits in einer prekären Lage befindet, aufgrund ihrer engen Kontakte mit den US- und UK-Diplomaten in Yangon die Auflösung drohen könnte.

Neue Hoffnungsträger jenseits der NLD?

20 Jahre nach den landesweiten Erhebungen für demokratische Reformen gibt es in Myanmar/Burma keine Alternative zur politischen Opposition, der National League of Democracy (NLD) und Aung San Suu Kyi, ihrer uneingeschränkten Führerin. Sie wird voraus-

sichtlich auch in der näheren Zukunft unter Hausarrest verbleiben müssen. Erst am 25. Mai 2007 wurde Forderungen für ihre Freilassung von 54 früheren Staatsoberhäuptern und bekannten Politikern westlicher Nationen und der ASEAN eine erneute Absage erteilt.

Seit Herbst 2006 haben burmesische Gruppen vorwiegend aus dem westlichen Exil mit Unterstützung von Burma-Unterstützergruppen wie der Burma Campaign US und, in geringerem Maße, auch Burma Campaign UK dennoch versucht, den Fokus der internationalen Presse etwas von Aung San Su Kyi und der NLD abzulenken und das Profil der aus 12-15-jähriger Gefängnishaft entlassenen ehemaligen politischen Führer des Studentenaufstandes von 1988, wie Min Ko Naing (aka) Paw Oo Htun, Ko Ko Gyi und Htay Kywe und weiterer Kampfgefährten unter dem Banner der „88-Generation Group“ aufzubauen. Diese Gruppe hat international stark in die Medienöffentlichkeit getragene⁴⁹, jedoch in Myanmar/Burma insgesamt wenig wirksame Versuche unternommen, eine breite Öffentlichkeit zur Partizipation und Unterstützung für eine Bewegung zu mobilisieren, von der sie hoffen, dass sie nach dem Vorbild der „Farben-“ oder „Blumen-“ Revolutionen in anderen Ländern⁵⁰ den SPDC in einer Weise herausfordern, die zu friedlichem Regimewechsel und demokratischen Reformen führen. Sie hatten verschiedene Initiativen ins Leben gerufen, wie friedliche Gebete für die Freilassung politischer Gefangener (prayer campaign), eine Unterschriftenkampagne zur Freilassung aller politischen Gefangenen, die „White Expression Campaign“ in der durch das Tragen weißer T-Shirts die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen zum Ausdruck gebracht wurde und jüngst die „Open Heart Campaign“, eine Petitionsbewegung, mit der beabsichtigt wird, den Regierenden, vor allem Premier Than Shwe, die Problemlage des „kleinen Mannes“ bekannt zu machen.

Bisher sind die Versuche der 88-Generation-Gruppe und ihrer nationalen und internationalen Unterstützer auch aufgrund der starken Repression gegen jede ihrer Initiativen (siehe dazu auch den folgenden Abschnitt 6) in ihrer Wirkung im Land begrenzt geblieben. Angesichts des zeitweiligen internationalen Medienrummels zum Jahresende 2006 sollte man sich jedoch trotzdem realistisch der Tatsache stellen, dass die ehemaligen Studentenfürher keine politische Alternative zur NLD sind.

Es ist deshalb nicht sehr wahrscheinlich, dass in absehbarer Zeit die NLD, die Gruppe der 88er-Generation oder eine neue kleine politische Partei geführt von U Win Naing, die „National Politicians Group“, die sich als neutral zwischen NLD und SPDC positioniert, das Heft des Handelns in die Hand nehmen können. Diesen Gruppen und neu entstehenden kleinen Initiativen gebührt sicherlich Unterstützung, dennoch muss Realismus angesichts der vorherrschenden

⁴⁷ Washington Post, Richard Holbrooke (27.06.2007) <http://www.washingtonpost.com/wpdyn/content/article/2007/06/27/AR2007062702228.html>.

⁴⁸ Die Burmesischsprachige Radiosendungen, u.a der in Oslo stationierten Democratic Voice of Burma, Radio Free Asia und Voice of America in Washington, BBCs Burmaprogramm.

⁴⁹ Zeitweilig kontinuierliche Medienberichterstattung der *International Herald Tribune*, *Washington Times* und *Post*, wie auch in Thailandlands SPDC-kritischen *The Nation* sowie der on-line Version der *Asian Tribune*, zusätzlich zu den Burmesischen Oppositionsmedien.

⁵⁰ Nach dem Vorbild der Velvet-Revolution in der früheren Tschechoslowakei, Solidarnosc in Polen, die Rosenrevolution in Georgien oder die Orange Revolution in der Ukraine.

Kräfteverhältnisse die grundsätzliche strategische Orientierung für eine Politik des Wandels bestimmen.

Die eigentliche Herausforderung ist die regierungsnahe Massenorganisation Union for Solidarity and Development Association (USDA), die landesweit als Wohlfahrtsorganisation agiert und vor - möglicherweise stattfindenden- Wahlen mit großer Wahrscheinlichkeit als Partei neu gegründet wird. Sich zu diesen Entwicklungen zu positionieren wird eine moralische und strategische Herausforderung vor allem für die INGO's im Land, aber auch für die VN-Organisationen und den jüngst aufgelegten, EU-initiierten „Three Diseases Fund“ zur Bekämpfung von HIV-Aids, Tuberkulose und Malaria sein.

Gefährliche Ausweitung politischer Gewalt in den zivilen Bereich

Jüngste Entwicklungen zeigen, dass die Junta und ihre Sicherheitsorgane sich um eine Ausweitung politisch motivierter Gewalt auf zivile Träger bemüht. In den zurückliegenden Monaten gab es gewalttätige Konfrontationen zwischen pro-Junta-Zivilisten, beispielsweise der früheren ‚Vigor of Strength‘-Einheit der USDA und der NLD-Jugend oder sich neu formierender Gruppierungen, inklusive der 88-Generation Gruppe. Die politische Opposition hatte in den letzten Monaten verschiedene neue Protestformen entwickelt, wie die sogenannten „Prayer oder White Shirt Campaigns“ zur Freilassung Aung San Su Kyi's und anderer politischer Gefangener, die vom Regime mit Misstrauen beobachtet werden und in ihrer Wirkung begrenzt werden sollten. Anstatt wie sonst staatliche Sicherheitskräfte zur Prävention von öffentlichen Protesten einzusetzen, spielt die Junta die ausschließlich zivilen Kräfte der USDA mit Führungskräften aus Ex-Militärkreisen gegen die NLD-Opposition aus. Diese hat bisher direkte Konfrontationen vermieden.

Diese Ereignisse der zurückliegenden Monate lassen darauf schließen, dass innerhalb der burmesischen Politik und Gesellschaft das Gewaltpotential durch rivalisierende Gruppierungen wächst und diese Entwicklungen von der Regierung im Interesse ihrer Machtsicherung und -legitimation geschickt manipuliert werden. Diese Entwicklungen sind beunruhigender als die Wiederaufnahme des Atomreaktorvorhabens und diplomatischer Beziehungen zu Nord-Korea.

Zwillingsereignisse von weitreichender Bedeutung?

Einstieg in die Atomforschung

Myanmar/Burma hat eine Initiative für den Bau eines Atomforschungsreaktors mit Hilfe der Moskauer Firma Atomstroieexport wieder aufgenommen, was v.a. in Washington Bedenken hervorrief. Pro-Sanktions- und Isolationslobbyisten nutzten diese Entwicklungen, um auf ein neues Bedrohungsszenarios für die internationale Sicherheit zu verweisen. Gespräche über die Installation eines niedriger angereicherten 10MW-Wasserstoffreaktors für nuklear-

medizinische Zwecke zwischen der Junta und Russland hierzu begannen bereits im Jahr 2000. Die Umsetzung des Vorhabens war jedoch aufgrund bisheriger finanzieller Engpässe ins Stocken geraten, und konnte nunmehr wegen der hohen Staatseinnahmen aus Erdgas- und -öl wieder aufgenommen werden. Seit 2003 bildet Russland jährlich 300 burmesische Fachkräfte für die Atomforschung aus.

Myanmar/Burma ist Mitglied der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und hat den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, was ihm das Recht zur friedlichen Nutzung von Atomtechnik gibt. In der Vergangenheit war Myanmar/Burma ein überzeugten Anhänger der atomaren Abrüstung.. Das Forschungsreaktorprojekt wird mit Lizenz und unter Aufsicht der IAEA realisiert werden.

Sollte die Militärregierung wider Erwarten ihre Vorsätze ändern und die Forschungskapazitäten für Urananreicherung missbrauchen, stünden diesem Ansinnen einige Hindernisse im Weg. Abgesehen von der finanziellen Hürde und der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages hat Myanmar/Burma auch den Vertrag über eine Südasiatische Atomwaffenfreie Zone (SEANWFZ)⁵¹ von 1995 unterschrieben. Ein Vertragsbruch hätte eine kritische und gezielte Reaktion seiner großen Nachbarn Indien und China zur Folge. Beide Länder sind bedeutende Handelspartner wie auch strategische Partner Myanmars/Burmas und Verteidiger der Militärregierung gegenüber der internationalen Öffentlichkeit. Eine Belastung der Beziehungen zu den beiden einflussreichen Nachbarstaaten wird der SPDC nicht riskieren.

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nord-Korea

Myanmar/Burma hat – wenngleich nicht auf Botschaferebene - diplomatische Beziehungen mit Nord-Korea wieder aufgenommen, die seit 1983 wegen eines versuchten Attentats auf den damaligen südkoreanischen Präsidenten Chan Doh Wan in Rangoon unterbrochen worden waren. Dieses Ereignis hat aufgrund des feindlichen und gereizten Verhältnisses zwischen dem Westen und Nord-Korea scharfe Reaktionen hervorgerufen und wird oft in den Zusammenhang mit nuklearen Aufrüstungsabsichten gestellt, obgleich sieben weitere ASEAN-Staaten diplomatische Beziehungen zu Pyongyang pflegen.

Nord-Korea und Myanmar/Burma stehen beide auf der Liste der „Schurkenstaaten“ von US-Außenministerin Condoleezza Rice. In eine Bewertung der Ereignisse sollte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass andere Staaten in Südostasien, wie Thailand, Vietnam und Indonesien ähnliche Einrichtungen besitzen und dass die USA unterdessen mit Nord-Korea im Rahmen der Verhandlungen über sein Atomwaffenprogramm selbst die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen erwägen.

Spaltung innerhalb der „Nationalen Einheitsfront der Karen“ (KNU)

Unter den Prioritäten der Junta für das kommende Jahr sowie für die nahe Zukunft befindet sich zweifellos das Vorhaben, die territoriale

⁵¹ Kernkomponente der ASEAN Friedens-, Freiheits- und Neutralitätszone von 1971 (ZOPFAN).

Kontrolle in den Siedlungsgebieten der Karen, Shan und Karenni, wo sich die letzten verbleibenden bewaffneten Rebellenarmeen befinden, auszudehnen, die Kampfeinheiten zu entwaffnen und die wirtschaftliche und militärische Kooperation mit seinen strategischen Partnern in diesen ethnischen Staaten voranzutreiben.

Aktuelle Entwicklungen im Umfeld der Karen und ihrer politischen und militärischen Organisationen kommen dem Regime dabei gerade recht.

Nach dem Tod des Generals Saw Bo Mya hat die KNU keinen charismatischen Führer mehr, der die rebellischen Karen zu ergebnisorientierten Aktionen befähigen könnte. Nach fortdauernden internen Machtkämpfen hat sich eine Kernbrigade der Nationalen Befreiungsarmee der Karen (KNLA), geführt von Bo Htein Maung, von der Zentralen KNU-Führung abgespalten und einen separaten Waffenstillstand mit der Zentralregierung vereinbart. Grund dafür ist Erschöpfung nach 50 Jahren Bürgerkrieg und die Sehnsucht nach Frieden und wirtschaftlicher Stabilität. Die ehemalige Brigade Sieben der KNLA hat infolge dessen in ihrem Einflussgebiet entlang der Yangon-Myawaddy-Mae Sot-Handelsroute einen Friedens- und Entwicklungsrat der KNU ins Leben gerufen und operiert offiziell in Zusammenarbeit mit der Militärregierung.

Dieser Schritt hatte gravierende Folgen für die organisatorische und operative Handlungsfähigkeit der KNU. Eine weitere Brigade, die von thailändischem Territorium aus operiert, wurde aufgelöst. Die Junta hat die KNU wissen lassen, dass Hoffnungen auf Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Vorbild jener unter Premierminister Khin Nyunt durchgeführten, nicht mehr auf der Tagesordnung stünden: „Vergesst es und fangt ganz von vorn an“, lautete die unmissverständliche Antwort.⁵² Ein möglicher Militärangriff der Junta mit Rückendeckung durch China und Russland steht bevor. Bereits in der letzten Trockenzeit wurden starke Gefechte und Menschenrechtsverletzungen in den KNU-Gebieten gemeldet, die Flüchtlingsströme an die Thailändische Grenze und interne Fluchtbewegungen von Gemeinden in unwirtliche Dschungelgebiete auslösten.

Medienberichten zufolge sollen außerdem Pläne der Junta vorliegen, die bewaffnete „Demokratische Assoziation der Buddhistischen Karen“ (DKBA), die schon seit langem mit der Zentralregierung kooperiert, für Militärschläge gegen ihre vormaligen Kameraden einzusetzen. In einem jüngst erschienenen Artikel von Ashley South, der selbst über viele Jahre in der grenzüberschreitenden humanitären Hilfe und später als Wissenschaftler Einblicke in die verschiedensten Karen-Gesellschaften und ihre Politik erhielt, wird der Mythos von der Einheit der Karen-Identität hinterfragt. Der Artikel erläutert Hintergründe der Konstruktion und Politisierung eines Karen-Ethnonationalismus und beleuchtet seine militante Variante. Seine Arbeit verdeutlicht, dass die übergroße Mehrheit der Karen in den SPDC-kontrollierten Gebieten (ca. 95% des Territoriums und der Bevölkerung) sich pragmatisch auf eine Zukunft im Rahmen der Union von Burma unter der SPDC-Regierung ausgerichtet hat und insofern eine Verlängerung des bewaffneten Konfliktes und seiner Unterstützung durch verschiedene externe Akteure nicht im Interesse

der Mehrheit der verschiedenen Gruppierungen des Volkes der Karen ist.⁵³

Dies ist auch von Interesse für die internationale Unterstützergemeinschaft der Opposition und ihrer ethnischen Verbände sowie ihrer Sponsoren.

Chinas Rolle in Myanmar/ Burma

Myanmar/Burma spielt die drei Regionalmächte Indien, Russland und China geschickt gegeneinander aus, gesteht China jedoch eine Sonderrolle zu. Myanmar/Burma ist Lieferant von Rohstoffen, besonders für die verarbeitende Industrie in Chinas angrenzenden, weniger entwickelten Provinzen wie Yunnan und ist Exportziel für billige chinesische Konsumgüter. Die Chinesen investieren darüber hinaus erheblich in Myanmars Infrastruktur, wie Wasserkraftwerke und Dämme, Straßen, Brücken und Eisenbahnlinien und sind bei zahlreichen Projekten federführend an der Umsetzung der Projekte beteiligt. China ist Hauptkonzessionär des neuen Ölreichtums in der Andaman-See, und hat andere Mitbewerber, vornehmlich Indien, erfolgreich verdrängen können. Für China ist Myanmar/Burma durch die Möglichkeit der Ausbeutung seiner Energie- und Rohstoffreserven ein wichtiger Baustein, das von Präsident Hu Jintao benannte „Malacca Strait Dilemma“, zu relativieren. 80-90% der chinesischen Ölimporte passieren diese Seestraße, was mit einem erheblichen Sicherheitsrisiko verbunden ist.

VN-Vertreter im Land schätzen, dass Chinas politischer Einfluss auf Myanmar/Burma zwar begrenzt sei, China jedoch positiv wirke in Bezug auf einen umsichtigeren Umgang mit zivilen Protesten sowie in dem Drängen auf verbesserte ILO-Mechanismen (wie dem sog. Forced Labour Complaint Mechanism).

⁵² Aus dem Englischen: „Forget about those meetings and start everything fresh“.

⁵³ Ashley South, *Karen Nationalist Communities: The „Problem“ of Diversity*, in *Contemporary South East Asia*, Vol. 29, No 1 (2007), S. 55-76.

3. Kambodscha

Einleitung

Auf dem rechten Entwicklungspfad?

Einer jüngst veröffentlichten Umfrage des International Republican Institute (IRI)⁵⁴ zufolge meinen über 70 Prozent der befragten Kambodschaner, dass sich ihr Land auf dem richtigen Weg befinde. Über 80 Prozent haben volles Vertrauen in ihre Regierung, der sie sich vor allem für den Bau von Straßen, Schulen und Krankenhäusern zu Dank verpflichtet fühlen. Wenngleich die Studie nicht als repräsentativ gelten kann, verdeutlicht sie einen Trend, der durch eine weitere unabhängige Studie⁵⁵ bestätigt wird. Korruption und mangelnde Transparenz der Regierung und die damit verbundenen Transferkosten haben im Alltag der Kambodschaner einen so festen Platz gefunden, dass diese Missstände als Normalität gelten. Das Interesse an Staatlichen Dienstleistungen und dem Ausbau öffentlicher Institutionen und Infrastrukturinvestitionen hat Priorität, da die unmittelbaren Lebensumstände der Menschen vor allem auf dem Land dadurch existenziell beeinflusst werden.

Weltbankbericht versus Menschenrechtsbericht des UN Sonderberichterstatters

Gute Noten für Kambodschas Entwicklungsprozess gab es auch von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond. Beide hoben pünktlich zum diesjährigen Gebertreffen die wirtschaftliche Stabilität und das hohe Wachstum als wesentliche Errungenschaften der Kambodschanischen Regierung hervor. Hatte im April die Landesdirektorin der Weltbank noch vor den Folgen der ungleichen Verteilung des Wirtschaftswachstums in Kambodscha gewarnt⁵⁶, kommt ein seit Juni vorliegender Weltbankbericht⁵⁷ zu dem Schluss, dass sich die Ungleichheit in der Einkommensverteilung in der letzten Entwicklungsdekade nicht wesentlich vergrößert habe und daher nicht destabilisierend auf die Entwicklung des Landes wirke. Folglich könne Kambodscha bei einem weiteren konsequenten Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Weg alsbald die Mitgliedschaft im Klub der ASEAN-Tigerstaaten beantragen.

Im scharfen Kontrast dazu stellt sich das Bild dar, das nationale und internationale Menschenrechts- und Umweltorganisationen von Kambodscha zeichnen. Seit langem warnen lokale und internationale Gruppen vor der zunehmenden Schwächung demokratischer Institutionen und einer spürbaren Verengung politischer Handlungsspielräume. In seinem Bericht an den Menschenrechtsrat der Vereinten

Nationen⁵⁸ beschreibt der UN-Sonderberichterstatter, Prof. Yash Ghai, die beobachteten Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha als systematische Methode zur Stützung des gegenwärtigen ökonomischen und politischen Systems. Ein System, das der persönlichen Bereicherung der Eliten des Landes auf Kosten der Armen diene und der Regierung erlaube, effektiv die Opposition zu unterdrücken. Mit seinem Bericht appelliert Prof. Ghai an die Internationale Gemeinschaft, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die kambodschanische Bevölkerung in ihrer legitimen Forderung nach Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht ihrer Regierung zu unterstützen.

Trotz dieser Forderung hatte es die CPP im vergangenen Jahr geschafft, ihre Macht nahezu widerstandslos weiter auszubauen. Mit der Zersplitterung der Partei der Royalisten (FUNCINPEC), die formal die Koalitionspartnerin der CPP-geführten Regierung ist, hat sich das Machtmonopol der CPP und ihres Premierministers Hun Sen weiterhin gefestigt. Die Gefahr der Entwicklung hin zum Einpartei-Staat wird besonders in den Ergebnissen der Kommunalwahlen vom April und im Ausblick auf die Nationalwahlen in 2008 deutlich.

Kommunalwahlen 2007

Nunmehr zum zweiten Mal seit der Unterzeichnung der Pariser Friedensverträge im Oktober 1991 haben die Kambodschaner die Mitglieder ihrer Gemeinderäte gewählt. Dass seit den 1993 von den Vereinten Nationen durchgeführten Parlamentswahlen in Kambodscha regelmäßig Wahlen abgehalten werden, zeigt, dass die CPP trotz ihres unbestrittenen Machtmonopols durchaus ein Bedürfnis verspürt, zumindest nach außen den Anschein einer demokratischen Legitimation ihrer Regierungsrolle zu wahren. Dafür braucht sie auch eine mehr oder minder agierende Opposition. Grundsätzlich ginge die CPP dabei jedoch nicht so weit, den Wahlausgang tatsächlich dem freien Willen der Wähler zu überlassen. Mit geschickten Manövern versteht es die Regierungspartei die Opposition unter Kontrolle zu halten, ohne sich dabei jedoch zu stark der Kritik der internationalen Gemeinschaft aussetzen zu müssen

Zur Lage der Opposition

Während die oppositionelle Sam Rainsy Partei (SRP) seit der Rückkehr ihres Vorsitzenden nach einjährigem Exil wieder deutlich gestärkt da steht, befinden sich die Royalisten nach ihrer Zersplitterung im freien Fall in die politische Bedeutungslosigkeit. Nach innerparteilichen Machtkämpfen wurde Prinz Norodom Ranariddh im Oktober 2007 von Nhiek Bun Chhay als FUNCINPEC Vorsitzender abgelöst. Daran hatte die regierende CPP, die zuvor ihre Koalitionspartnerin zum Rückzug ihrer Vertreter von über fünfzig Gouverneurs-, Vizegouverneurs- und hochrangigen Ministerposten gezwungen hatte, keinen unwesentlichen Anteil. Nach seiner Absetzung gründete Ranariddh aus der Ferne die nach ihm benannte Norodom Ranariddh Partei (NRP). Doch der Druck auf die Royalisten lässt nicht nach und im Februar 2007 forderte sogar Kambodschas ehemaliger König, Norodom Sihanouk, die Mitglieder des Königs-

⁵⁴ International Republican Institute (2007): *Survey of Cambodian Public Opinion*, Phnom Penh.

⁵⁵ Cambodian Institute for Development Studies (2007): *Public Confidence Survey - Moving away from an Economy dependent on external finance by enhancing public confidence and building local resources in Cambodia*. Mit Unterstützung der hbs.

⁵⁶ The Cambodia Daily (06.04.07): *World Bank Praises Growth, Warns of Inequality*.

⁵⁷ World Bank (2007): *Sharing Growth: Equity and Development Report 2007*, Phnom Penh.

⁵⁸ United Nations (2007): *Report of the Special Representative of the Secretary-General for human rights in Cambodia*, Yash Ghai, A/HRC/4/36, 30 January 2007.

hauses dazu auf, sich nicht dem Willen der CPP entgegenzustellen und sich freiwillig aus der Politik zurückzuziehen.⁵⁹

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Krise im März mit der Verurteilung Ranariddhs in Abwesenheit zu einer 18-monatigen Freiheitsstrafe wegen Vertrauensbruches. Obwohl damit und noch verstärkt durch die Androhung Hun Sens, dem Prinzen keine Königliche Begnadigung zu ermöglichen⁶⁰, eine Rückkehr Ranariddhs nach Kambodscha erst einmal unmöglich erscheint, erreichte die neu etablierte NRP in den Kommunalwahlen immerhin 8 Prozent der Stimmen oder knapp 4 Prozent der Mandate und schnitt damit besser ab als die FUNCINPEC (5,4 und 2,4 Prozent), die in den 1993er Wahlen noch eine starke Mehrheit errungen hatte. Noch immer ist keine Ruhe im Lager der Royalisten eingekehrt. Mitglieder des Königshauses wechseln die Seiten und Parteien und erst kürzlich äußerte ein Berater Prinz Ranariddhs den Wunsch, die NRP möge wieder FUNCINPEC beitreten.⁶¹

Obwohl die SRP von der Zersplitterung der Royalisten profitierte, vermochte sie in den Kommunalwahlen dem überragenden Sieg der CPP nur wenig entgegenzusetzen. In über 98 Prozent der Gemeinden gewann die CPP die Mehrheit und somit den Vorsitz. Allerdings ist auch die SRP in nunmehr 85 Prozent der Gemeinderäte vertreten, in doppelt so vielen wie nach den letzten Kommunalwahlen. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass trotz der Dominanz der Regierungspartei durch eine höhere Anzahl von Vertretern aus den Oppositionsparteien in den Gemeinderäten der Pluralismus- und Partizipationsgedanke auf der Gemeindeebene gestärkt wird und das mittelfristig auch Impulse für den Demokratisierungsprozess auf der nationalen Ebene aussendet. Positiv zu erwähnen ist zudem der gestiegene Anteil von Frauen in den Gemeinderäten, der sich auf 15 Prozent erhöhte, was im Vergleich zu 2002 nahezu einer Verdoppelung entspricht.

Ausblick auf die Nationalwahlen 2008

Mit Blick auf die Nationalwahlen im nächsten Jahr bleibt abzuwarten, ob sich die von der SRP vorgeschlagene Allianz der Demokraten tatsächlich formiert und ob die von der Partei geforderten Reformvorschläge umgesetzt werden. Beides ist angesichts der jeweiligen Interessenlage der potentiellen Partner eher unwahrscheinlich. Die Opposition zersplittert sich derzeit durch die Gründung der Menschenrechtspartei (HRP) von Khem Sokha, dem ehemaligen Präsidenten der Menschenrechtsorganisation Cambodian Center for Human Rights, weiter. Selbst wenn ein Bündnis der Oppositionsparteien zustande kommen sollte, ließe sich damit im besten Fall ein Alleinregieren der CPP durch Erreichen der einfachen Mehrheit, verhindern. Da die CPP bei den Kommunalwahlen über 60 Prozent der Stimmen erhalten hat, lohnt es sich kaum, über mög-

liche Koalitionen nach den Nationalwahlen und ihren Konsequenzen zu spekulieren.

Teilen und Herrschen oder Herrschen und Teilen?

Es ist zudem wenig wahrscheinlich, dass, wie von der SRP gefordert, das Wahlverfahren vereinfacht wird. Die Beteiligung an den Kommunalwahlen lag mit 67 Prozent so niedrig wie bei keiner Wahl zuvor. Ein komplizierter neuer Registrierungsprozess vor den Wahlen, mag zwischen 100.000 und 2 Millionen Wähler vom Urnengang ausgeschlossen haben.⁶² Viele Wähler konnten sich entweder überhaupt nicht registrieren oder ihre Namen auf den Wahllisten nicht finden. Bei der Information und Registrierung der Wähler spielen Dorfvorstände eine entscheidende Rolle. In Rahmen von ‚indirekten Wahlen‘ hatte die Regierung im Juli letzten Jahres anhand einer Mehrheitsregelung die 13.700 Bürgermeister von den Gemeinderäten wählen lassen, die damals wie heute im gesamten Land von der CPP dominiert sind. Der demzufolge überragende Sieg von 99,5 Prozent der CPP-Kandidaten im Bürgermeisteramt, sicherte nicht nur die Ausweitung der Netzwerke der CPP bis auf die Dorfebene, sondern der Partei auch die Kontrolle über Information und Registrierung von Wählern.

Hinzu kommt die Tatsache, dass staatliche Infrastruktur im Wahlkampf durch die CPP genutzt wurde, das Medienmonopol bei der CPP liegt und auch Wirtschaftsgiganten der Partei finanziell unter die Arme greifen. Durch die genannten Faktoren ist insgesamt ein effizienter demokratischer Wettbewerb um Wählerstimmen außer Kraft gesetzt worden. Insofern repräsentiert das Wahlergebnis zwar die Machtverhältnisse im Land, kann aber nicht als demokratische Legitimation der Regierenden gewertet werden. Im Gegenteil, die Tatsache, dass sich die Regierungspartei der genannten Manipulation und Mediendominanz bediente, ist Ausdruck ihres fehlenden Reformwillens hin zu einer gelebten Wahldemokratie. Es scheint daher notwendig frühzeitig internationale Wahlbeobachtungsteams zu den Nationalwahlen zu entsenden, da mittlerweile bekannt ist, dass die größten Manipulationsmöglichkeiten in der Phase der Wählerlisten-erstellung liegen. Aufgrund der rekordverdächtig niedrigen Wahlbeteiligung haben insgesamt 18-20% der wahlberechtigten Kambodschaner bei den Kommunalwahlen ihre Stimme nicht abgegeben, was verdeutlicht, dass in der Mobilisierung dieses im April 2007 ausgeschlossenen Wählerpotentials der Hauptfokus des Wahlkampfes aller Parteien, insbesondere der Oppositionsparteien, im kommenden Jahr liegen wird.

Dass es im Vorfeld zu den Kommunalwahlen zu ‚nur‘ fünf politisch motivierten Morden gekommen ist (bei den ersten Kommunalwahlen in 2002 waren es siebzehn) werten die einen als Ausdruck der Dominanz der CPP, die anderen als Erfolg des demokratischen Prozesses.

⁵⁹ The Cambodia Daily (05.02.2007): *Sihanouk Says Royals Should Leave Politics.*

⁶⁰ The Cambodia Daily (12.03.07): *Hun Sen Rules Out a Pardon for Ranariddh.*

⁶¹ The Cambodia Daily (03.07.2007): *Prince Thomico Defects From NRP to Funcinpec.*

⁶² The Cambodia Daily (11.04.2007): *100.000 Could Not Vote in Commune Elections: Monitor* and The Cambodia Daily (03.05.2007): *NEC Needs Reform before 2008 Election: SRP.*

Entwicklungsfinanzierung

Geld gegen Versprechen

„Promises, promises“ betitelt der Economist einen Artikel über das alljährliche Treffen der kambodschanischen Regierung und den „gefährlichen Horden“ ihrer ausländischen Geber.⁶³ Obwohl das Treffen in diesem Jahr zum ersten Mal unter alleiniger Federführung der kambodschanischen Regierung stattfand, konnte man sich eines gewissen Deja-vu-Effektes kaum erwehren. Wie im letzten Jahr und bereits in den Jahren zuvor standen die immer gleichen Forderungen der Geber den immer gleichen Entschuldigungen der Regierung gegenüber. Im Vorfeld hatten die Oppositionspartei und lokale wie internationale Menschenrechtsorganisationen die Geber dazu aufgerufen, keine weiteren leeren Versprechungen zu akzeptieren, sondern Entwicklungsgelder von konkreten Ergebnissen abhängig zu machen.⁶⁴ Die Regierung zeigte sich jedoch davon unbeeindruckt und sollte mit ihrer Vermutung recht behalten, dass die Kritik der Organisationen keine Kürzung der Gelder bewirken würde. Tatsächlich fiel die Summe der Zusagen sogar um ca. 90 Millionen höher aus als im Vorjahr. Durch die Entscheidung Chinas, es den anderen Gebern gleichzutun und in diesem Jahr erstmals seine Entwicklungshilfezahlungen an Kambodscha offenzulegen, stieg die Summe – in direkter Konkurrenz mit China - auf ein Rekordhoch von 690 Millionen US Dollar. Der Anteil Deutschlands fiel dabei von 28,2 Millionen im letzten Jahr auf knapp 21,8 Millionen für 2007.

Entwicklungsgelder als Preis für Stabilität

Immer drängender stellt sich dem Beobachter die Frage, weshalb die internationale Gemeinschaft den in kritischen Bereichen offensichtlich fehlenden Reformwillen der kambodschanischen Regierung weiterhin mit der Hälfte des kambodschanischen Staatshaushaltes finanziert. Obwohl beispielsweise das Antikorruptionsgesetz bereits beim Gebertreffen im letzten Jahr als wichtigster Meilenstein festgeschrieben wurde, ist das seit über zehn Jahren diskutierte Gesetz noch immer nicht verabschiedet.

Manche mögen die Entwicklungsgelder als den Preis für die Stabilität des Landes ansehen. Bei der öffentlichen Vorstellung des jüngsten Weltbankberichtes warb Premier Hun Sen eindringlich für diese Sicht auf die Entwicklung Kambodschas. Er betonte mehrmals, dass die Gebergemeinschaft schließlich froh darüber sein sollte, dass Kambodscha kein weiteres Afghanistan oder Ost-Timor sei, beides Länder die trotz massiver externer Hilfe zurück in den Bürgerkrieg fielen.

Andere wiederum setzen beharrlich auf die Reformkräfte innerhalb der Regierung, besonders auf die Vertreter der nächsten Generation. Gewiss spielt aber auch eine Rolle, dass über 50 Prozent der Gelder in Form von technischer Unterstützung ins Land fließen, mit anderen

Worten, als Beratergehälter für eine großen Anzahl internationaler Experten.⁶⁵

Chinas neue Rolle als Entwicklungsfinanzier

Tatsächlich mögen die westlichen Geber die Chance bereits verpasst haben, ihren Einfluss auf die soziale und politische Entwicklung des Landes stärker geltend zu machen. Chinas geopolitisches Handelsinteresse an Kambodscha öffnet nach dem Vorbild afrikanischer Empfängerländer den Zugang zu „weichen“ Krediten, besonders für Infrastrukturprojekte, vorgeblich ohne eine Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ des Landes. Da wie eingangs erwähnt die Regierung von der kambodschanischen Bevölkerung besonders am Bau von Straßen, Brücken und Bewässerungssystemen gemessen wird, sind solche Übereinkommen ein Gewinn für beide Seiten. Neben Krediten und Entwicklungsgeldern spielt auch chinesisches Direktinvestment eine zunehmend größere Rolle. Mögen sich andere Investoren noch von den unzureichenden Rahmenbedingungen, wie dem Fehlen einer unabhängigen Judikative, abgeschreckt zeigen, ermöglichen es die hohen Profitmargen chinesischer Unternehmen, auch unter erschwerten Bedingungen noch Gewinne einzufahren.

In Erwartung von Öl-Milliarden

Neben China sorgt eine weitere potentielle Einkommensquelle der kambodschanischen Regierung für die auffallende Zurückhaltung westlicher Gebervertreter. Es ist noch zu früh für Spekulationen, doch könnten Einkünfte aus der Öl- und Gasgewinnung den Staatshaushalt Kambodschas von derzeit ca. einer Milliarde US-Dollar verdoppeln und zwar bereits im nächsten oder übernächsten Jahr.⁶⁶ Seit den ersten Meldungen über Öl- und Gasfunde vor der kambodschanischen Küste mühen sich ausländische Berater, die Regierung zu Reformen zu bewegen, um den drohenden „Ressourcenfluch“ von Kambodscha abzuwenden und in eine Entwicklungschance für das Land umzumünzen. Besonders im Bereich des Ressourcenmanagements zeigt sich die Regierung jedoch verschlossen für Beratung durch ausländische Organisationen.

Ressourcenpolitik in den Händen einer kleptokratischen Elite

Global Witness-Report

Im pünktlich zum diesjährigen Gebertreffen veröffentlichten Bericht⁶⁷ bietet Global Witness einen Erklärungsansatz für den offensichtlichen Mangel an Reformbereitschaft der Regierung. Nach jah-

⁶³ The Economist (21.06.07): *Promises, Promises*.

⁶⁴ The Cambodia Daily (19.06.2007): *SRP to Donors: Gov't Reform 'Unreasonably Slow'* and

The Cambodia Daily (18.06.07): *Rights Group Urges Donors to Pressure Government*.

⁶⁵ Phnom Penh Post (29.06.-12.07.2007): *\$690 million: pledges, promises and faint praise*.

⁶⁶ The Cambodia Daily (26.08. 2006): *Pipe Dreams – How Would Cambodia Manage an Oil Boom*.

⁶⁷ Global Witness (2007): *Cambodia's Family Trees - Illegal logging and the stripping of public assets by Cambodia's elite*.

relangen Untersuchungen illegalen Holzeinschlags konstatiert Global Witness, Kambodscha würde von einer 'kleptokratischen Elite' regiert, die sich an den natürlichen Ressourcen des Landes persönlich bereichere. Die Spuren führen in den engsten Kreis um Premierminister Hun Sen und Gelder aus illegalen Aktivitäten finanzierten angeblich nicht nur große Teile der Polizei und des Militärs, sondern auch Hun Sen's persönliche Leibwache.

Auch wenn die Herangehensweise des Berichtes kritisiert werden kann und einige präsentierte Zahlen zu hinterfragen sind,⁶⁸ verweisen die Grundaussagen des Berichtes auf das sehr ernstzunehmende Problem von Raubbau an Gemeinschaftsgütern durch fehlende Transparenz und Nepotismus der kambodschanischen Regierung und damit verminderte Entwicklungschancen für die kambodschanische Bevölkerung.

Landrechtskonflikte

Das gilt nicht nur für den Wald und potentielle Öl- und Gasvorkommen, sondern zeigt sich vor allem bei der Landfrage. Die Zahl der Proteste gegen die illegale Aneignung von Land durch mächtige und wohlhabende Eliten hatte Premierminister Hun Sen bereits Ende 2005 dazu veranlasst, vor der Gefahr einer ‚Bauernrevolution‘ zu warnen.⁶⁹ Wiederholt hat der Premier öffentlich versprochen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, selbst wenn sie seiner eigenen Regierung angehören sollten. Dennoch schreckt er nicht davor zurück, die Opposition der Anstiftung zur illegalen Landnahme zu beschuldigen.⁷⁰

Während die Zahl der landlosen und landarmen Familien weiter steigt werden an ausländische oder CPP-nahe Unternehmen im großen Stil Landkonzessionen vergeben, die nicht nur gegen Kambodschas gesetzlichen Rahmen verstoßen, sondern zudem die Lebensgrundlage vieler ländlicher Gemeinschaften gefährden.⁷¹ Über 90 Prozent der Armen leben auf dem Land. Und obwohl zahlreiche Beweise dafür vorliegen, dass eine kleinbäuerliche Bewirtschaftung nicht nur produktiver ist, sondern auch direkt zur Armutreduzierung beiträgt⁷² hält die Regierung weiterhin am Konzessionsmodell fest. Laut offiziellen Angaben sind ca. eine Million Hektar oder fast ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche an 59 Konzessionäre vergeben.

Aufgrund mangelnder Transparenz in der Vergabe von Konzessionen auf Provinzebene, liegt die Dunkelziffer weit höher. Vor diesem Hintergrund erscheinen die bisher genehmigten 10.000 ha für die Vergabe als soziale Landkonzessionen an landlose und landarme Familien wenig mehr als ein Feigenblatt im Angesicht der verheerenden Landvergabepolitik.

Druck auf Lebensräume und -weise indigener Gemeinschaften

Von der zunehmenden Landkonzentration besonders betroffen sind Kambodschas indigene Gruppen, deren wirtschaftliches und kulturelles Überleben stark von der Integrität ihrer traditionellen Nutzungsgebiete abhängt. Über sechzehn Konzessionen landesweit bedrohen direkt die Lebensgrundlage indigener Gemeinschaften, deren Rechtsansprüche zwar im Bodengesetz von 2001 verankert sind, jedoch de facto missachtet werden. Indigene sind aufgrund von Sprach- und Institutionsbarrieren noch mehr als andere Bewohner ländlicher Gebiete in ihren Möglichkeiten zur politischen Partizipation beschränkt. Der gesamte Nordosten Kambodschas, in dem indigene Völker die Mehrheit der Bevölkerung stellen, wurde erst kürzlich von der Regierung zum vierten Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes erklärt. Es ist jedoch absehbar, dass sich die gewünschte Entwicklung zulasten der indigenen Bewohner des Nordostens vollziehen wird.

⁶⁸ Die Darstellung im Global Witness Bericht, Kambodschas Waldfläche sei in den letzten 5 Jahren um 29 Prozent zurückgegangen, steht beispielsweise in starkem Kontrast zu den kürzlich veröffentlichten Zahlen einer von Danida unterstützten Studie nach der der Rückgang lediglich 2 Prozent betrage und damit nur ein Prozent unter dem formulierten Ziel von 60 Prozent der Landesfläche liege (Technical Working Group Forestry and Environment (2007): *Forest Cover Changes in Cambodia 2002-2006*).

⁶⁹ Phnom Penh Post (16.-29.12.2005): *Hun Sen Warns Against Possible ‚Farmers’ Revolution’*.

⁷⁰ The Cambodia Daily (20.06.2007): *PM Says Other Parties Inciting Land Disputes*.

⁷¹ OHCHR (2007): *Economic land concessions in Cambodia: A human rights perspective. Report of the Special Representative of the Secretary-General for human rights in Cambodia*, Phnom Penh.

⁷² World Bank (2007): *Sharing Growth: Equity and Development Report 2007*, Phnom Penh.

Ausblick

In Thailand ist eine nachhaltige Lösung des Konflikts in den südlichen Landesteilen besonders dringlich für die Stabilität des Landes. Ein Übergreifen terroristischer Gewalt auf andere Landesteile Thailands könnte fatale Folgen für die weitere Entwicklung haben. Solange aber die Regierung und potentielle Nachfolger in Bangkok die Diskussion über weitreichende Autonomie-Modelle für die mehrheitlich von Muslimen bevölkerten Regionen tabuisieren, das Wort „Autonomie“ selbst nicht in den Mund genommen, sondern immer nur unspezifisch umschrieben werden darf, stehen die Chancen für eine Befriedung des Südens eher schlecht.

Darüber hinaus blickt man mit Spannung auf den anstehenden Volksentscheid zum vorliegenden Verfassungsentwurf. Vom Ergebnis wird nicht unwesentlich der Fortgang der Entwicklungen abhängen, die Thailand bis spätestens Jahresende zurück auf den Weg einer legitimierte Wahldemokratie bringen sollen.

In Myanmar/Burma werden die Generäle dagegen keine Eile an den Tag legen oder sich von der internationalen Gemeinschaft unter Druck gesetzt fühlen, die bestehenden Machtverhältnisse zu legitimieren. Dennoch ist ein gewisses Bemühen erkennbar, durch die Vollendung des Verfassungsgebungsprozesses einen wesentlichen Meilenstein auf der sogenannten Road Map to Democracy zurückzulegen und in absehbarer Zeit Wahlen abzuhalten. Allerdings wird es sich dabei um Wahlen handeln, die in erster Linie darauf abzielen, die Herrschenden in ihren Machtpositionen zu bestätigen. Trotz des Mangels an Glaubwürdigkeit des Road Map Prozesses, scheint es derzeit der einzige Weg, das Land wenigstens ein bescheidenes kleines Stück voranzubringen auf dem Weg der „Zivilisierung“ von Regierung und der zivilen Einflussnahme auf die Entwicklungsplanung des Landes.

China verfügt dabei als einziger Entwicklungspartner über ein gewisses Maß an Einfluss – in die eine oder andere Richtung.

Da es in Kambodscha aufgrund von strukturellen Problemen und des Charakters des politischen Systems unwahrscheinlich ist, dass eine Änderung der autokratisch-kleptokratischen Machtausübung der regierenden Eliten von oben herbeigeführt werden kann, wird es nur einer informierten und über ihre Rechte aufgeklärten Bevölkerung, vertreten und unterstützt von einer starken einheimischen Zivilgesellschaft, möglich sein, die Regierung zu mehr Verantwortlichkeit in und zur Rechenschaftslegung über Entwicklungsoptionen für das Land und konkret die Nutzung und das Management natürlicher Ressourcen zu bewegen. Angewiesen auf externe Unterstützung, von ihren Gebern oft (fern-gesteuert) und stark begrenzt in ihrer Kapazität zur selbstbewussten Interessenartikulation, kritischen Analysefähigkeit und Selbstreflektion steht Kambodschas Zivilgesellschaft jedoch erst am Anfang des Weges, sich als politisch ernstzunehmende Kraft zu entwickeln, die in der Lage ist, in der breiten Gesellschaft meinungsbildend zu wirken, die einheimische Öffentlichkeit zu mobilisieren und damit effektiv Politikprozesse zu beeinflussen.